

Sozialbericht 2012

– für die Stadt Friedrichsthal –

Vorwort

der Herausgeber

Auch in Friedrichsthal kann man nicht die Augen davor verschließen, dass viele Menschen in unserer Stadt unter schwierigen Bedingungen leben, zu zentralen gesellschaftlichen Bereichen keinen Zugang finden oder unter Benachteiligungen leiden. Oftmals wird die Situation der Menschen noch dadurch verschärft, dass ihre Situation von ihrer Umgebung nicht zur Kenntnis genommen oder aber als rein persönliches Problem individualisiert wird. Dabei weiß man, dass insbesondere wirtschaftliche Umbrüche und der gesellschaftliche Umgang mit den Verlierern dieser Prozesse prägend für Lebens- und Entwicklungschancen der Menschen sind.

Damit man mal schwarz auf weiß sieht, wie die Lage in unserer Stadt ist, haben wir uns in einer Sitzung der Bewohnervertretung Kolonieschacht im vergangenen Jahr dazu entschlossen, die Initiative für einen neuen Sozialbericht zu ergreifen. Die Bewohnervertretung hat bereits 2007 mit dem Projekt „Aktiv statt resigniert – Aktivierende Befragung arbeitsloser Menschen in Friedrichsthal“ an der Sozialberichterstattung in Friedrichsthal mitgewirkt. Es geht bei einer Sozialberichterstattung darum, die Situation vor Ort kritisch unter die Lupe zu nehmen, sie verständlich zu dokumentieren und sachliche Grundlagen für Entscheidungen zu schaffen. Die letzten Zahlen für Friedrichsthal wurden in den Jahren 2005 – 2007 zusammengestellt und veröffentlicht. Sie waren nur noch bedingt aussagekräftig. Mit dem neuen Sozialbericht haben wir an die vorliegenden Studien angeknüpft.


Der Sozialbericht wurde gemeinsam von einer Projektgruppe aus Bewohnervertretung, Caritas GWA, der Stadt Friedrichsthal und dem Diplom Soziologen Achim Ickler konzipiert und erarbeitet. MitarbeiterInnen des Regionalverbandes und Studentinnen der HTW konnten als AutorInnen zusätzlich gewonnen werden. Mit isoplan-Marktforschung konnte die Verknüpfung zum Stadtentwicklungskonzept Friedrichsthal hergestellt und wichtige fachliche Aspekte erörtert werden.

Wir danken allen Beteiligten für die konstruktive Zusammenarbeit und die vielfältige Unterstützung, die wir in den vergangenen Monaten erfahren haben.

Der vorliegende Bericht wäre ohne Ihr/Euer Engagement nicht denkbar gewesen.



Elisabeth Junk
Sprecherin
Bewohnervertretung Kolonieschacht



Werner Hubertus
Caritas GWA Friedrichsthal

Prof. Dr. Simone Odierna

Armut und Kinderarmut ist im Saarland ein Thema - auch wenn die Anzahl junger Hartz-IV Empfängerinnen und Empfänger auch hier rückläufig ist.

Wie in anderen ehemaligen, altindustriellen Ballungsräumen besteht auch im Saarland die Situation, dass die Umbrüche der Modernisierung, die Folgen des Zechensterbens der Vergangenheit, der Abbau von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und der ersatzlose Wegfall von einfacheren Arbeiten eine stabile Sockelarmut im Bereich der Niedrigqualifizierten geschaffen haben. Das trifft besonders Städte wie Friedrichsthal.

Die Stadt ist vom Fehlen von alternativen Arbeitsplätzen im Bereich niedrigqualifizierter Beschäftigung im Bereich un- und angelernter Tätigkeiten besonders betroffen. Die mit Arbeitslosigkeit und ihren Folgen sowie geringfügiger Beschäftigung konfrontierten Menschen stehen im Fokus der Gemeinwesenarbeit. Für Friedrichsthal wurden bereits mehrere Sozialberichte erstellt. In Kooperation mit der HTW entstand bereits 2011 eine aktuelle Armutsstudie für Friedrichsthal.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen der Caritas GWA Friedrichsthal und der HTW, Fakultät Sozialwissenschaften, Department Soziale Arbeit und Pädagogik der Kindheit? Die Gemeinwesenarbeit gehört zu meinen Arbeitsschwerpunkten in der Ausbildung der Studierenden unseres Faches. Unser Studiengang an der HTW ist als Projektstudiengang konzipiert, d.h. die Studierenden lernen, kleine (Forschungs-)projekte durchzuführen. Ort dazu ist u.a. das Studienprojekt gegen Ende des Studiums. Da ich es sinnvoll finde, wenn Studierende nicht „nur für die Ablage im Archiv“ lernend forschen, habe ich schon früher an anderen Hochschulen mit Studierenden Lehrforschungsprojekte und Praxisprojekte durchgeführt. Studierende sollten bereits im Studium mit Ernstcharakter lernen, „produktiv“ zu arbeiten und für die Praxis nutzbare Forschungsergebnisse herzustellen. Der Ernstcharakter der Projektarbeit der Studierenden ist ein wesentliches didaktisches Mittel in meiner Arbeit: er erhöht die Arbeitsmotivation der Studierenden und damit die Lernerfolge!

Mit der Caritas-GWA Friedrichsthal kooperiere ich bereits seit Ende 2009. Im Rahmen dieser Kooperation entstand der Gedanke, eine Armutsstudie für Friedrichsthal durchzuführen und dabei Studierenden der Sozialen Arbeit an der HTW die Möglichkeit zu geben, mit Praktikerinnen und Praktikern in der GWA zusammen zu arbeiten, Kenntnisse über die GWA und die Menschen in ihrer konkreten Lebenswelt zu erwerben und Forschungserfahrungen zu sammeln. Die Forschungsergebnisse des Studienprojektes sollen sowohl der Praxis der Gemeinwesenarbeit als auch der Stadt Friedrichsthal nützen.

Wir freuen uns, nach der Broschüre mit den Ergebnissen des ersten Teils unserer Armutsstudie „Armut - ein Thema auch für Familien in Friedrichsthal“ nun erneut Forschungsergebnisse vorlegen zu können. Für diesen neuen Bericht haben Studierende in von Armut betroffenen Friedrichsthaler Familien mit Kindern und Eltern Interviews durchgeführt und diese qualitativ ausgewertet. Die Analysedimensionen sind: Erscheinungsformen von Armut, Auswirkungen und Bewältigungsformen in Bezug auf Bildung, Ernährung, Freizeit und Wohnung.

Geleitwort

des Bürgermeisters zum Friedrichsthaler Sozialbericht 2012

Unsere Gesellschaft unterliegt einem fortwährenden Wandel. Das Problem der Überalterung tritt immer offener zutage. Auf die Folgen dieser Veränderungen geht auch das jüngst vorgestellte Stadtentwicklungskonzept ein, das für die Arbeit von Politik und Verwaltung wichtige Grundlagen bietet und Handlungsanweisungen unterbreiten wird.

Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger spiegeln sich in den Friedrichsthaler Sozialberichten wider. Die Aufarbeitung liefert wertvolle Grundlagen für die anstehenden kommunalpolitischen Entscheidungen.

Die sozialen Rahmenbedingungen sind nur in geringem Maße durch die Entscheidungen der Stadt Friedrichsthal zu beeinflussen. Der wirtschaftliche Aufschwung oder Niedergang, die Frage auskömmlicher Beschäftigungsverhältnisse oder die Bereitstellung von Städtebaufördermitteln unterliegen Entscheidungen auf höheren Ebenen. Zudem sind der Kommune durch die seit Jahrzehnten andauernde Unterfinanzierung die Hände gebunden.

Im Bericht zur Familienarmut des Jahres 2011 hatte man sich in einer ersten Untersuchung den Bereichen Bildung, Gesundheit und Verwaltung zugewandt und erbat um die Einschätzung der lokalen Situation. Nun sollte es in einem zweiten Schritt darum gehen, direkt auf Eltern und Kinder zuzugehen, um eine Bewertung ihrer eigenen Situation und ihre Handlungsvorschläge zu erfahren. Es war richtig, vom Grünen Tisch hin zu den Menschen in ihrer konkreten Lebenslage zu gehen, der Schritt war mutig und fordert uns letztlich auch zu konsequentem Handeln auf.

Darüber hinaus beschreibt der vorliegende Bericht die soziale Entwicklung der vergangenen 6 Jahre anhand relevanter amtlicher Zahlen und eigenen Erhebungen der AutorInnen.

Der Sozialbericht legt mit seinen Feststellungen den Finger in offene Wunden, er öffnet uns allen die Augen für die existenziellen Probleme unserer Mitmenschen und verdient es, nicht verdrängt, sondern aufmerksam berücksichtigt und auch zukünftig fortgeschrieben zu werden, seitens der Stadt Friedrichsthal werden wir dieses Werk im Rahmen unserer Möglichkeiten gerne unterstützen.

Allen die zum Zustandekommen dieses aufschlussreichen Berichtes beigetragen haben, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken. Und so wünsche ich der neuesten Auflage des Sozialberichtes die verdiente Aufmerksamkeit und Beachtung bei allen wichtigen Entscheidungen

Mit freundlichen Grüßen

R. Schultheis

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber
Vorwort Professor Simone Odierna
Geleitwort Bürgermeister Rolf Schultheis

1.	Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit	S. 6
1.1.	Bevölkerungsentwicklung	S. 6
1.2.	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	S. 8
1.3.	Arbeitslosigkeit	S. 10
1.4.	Quartiersbetrachtung	S. 19
1.5.	Kinderarmut	S. 20
1.6.	Zusammenfassung und Fazit	S. 22
	<i>Autor: Achim Ickler, Diplom Soziologe</i>	
2.	Entwicklung der Sozialberatung der Caritas GWA Friedrichsthal 2007 - 2011	S. 23
2.1.	Die Situation von Familien mit Kindern	S. 24
2.2.	Wohnungssituation im Raum Friedrichsthal	S. 26
	<i>Autorinnen: Lydia Fried, Elisabeth Schindelhauer</i>	
3.	Jugendhilfe	S. 29
	<i>Autor: Thomas Eggs, Regionalleiter Jugendamt des Regionalverbandes</i>	
4.	Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen	S. 31
	<i>Autorin: Martha Rosenkranz, Stabsstelle Bildungsmanagement des Regionalverbandes</i>	
5.	Die Gestaltung zentraler Lebensbedingungen durch arme Familien	S. 32
	<i>Autorinnen: Denise Steis, Eva Niederländer, HTW des Saarlandes</i>	
	Übersichtskarte Friedrichsthaler Quartiere	
	<i>Quelle: Isoplan-Marktforschung</i>	

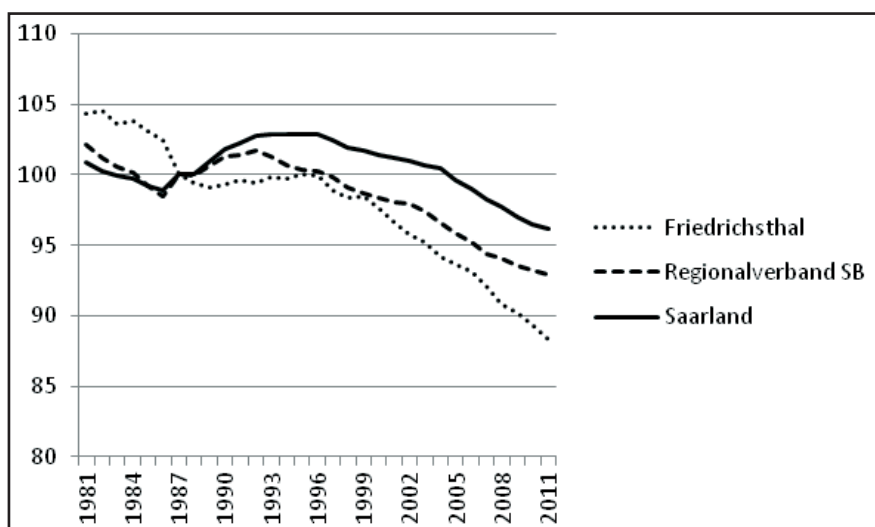
I. Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit

1.1 Bevölkerungsentwicklung

Die aktuelle Einwohnerzahl der Stadt Friedrichsthal betrug im August 2011 10.656 Personen. Zum 31.12.2008 war die Gemeinde mit 1.209 Einwohnern je Quadratkilometer die am dichtesten besiedelte des Regionalverbandes.

In den vergangenen 30 Jahren hat die Einwohnerzahl von 12.607 (1981) auf 10.672 (2011) um fast 2.000 Personen abgenommen, was einer Abnahme um ca. 15 % entspricht. Im gleichen Zeitraum ging die Einwohnerzahl des Stadtverbandes, heute Regionalverbandes um 33.000, sowie die Zahl der Saarländerinnen und Saarländer um ca. 49.000 Personen zurück.

Bevölkerungsentwicklung im Vergleich (Index 1987 = 100)



Quelle: isoplan-Marktforschung

Das Schaubild zeigt, dass die Bevölkerung des Regionalverbandes seit den 80er Jahren wesentlich deutlicher geschrumpft ist als die des Saarlandes. Noch deutlicher als dort war der Rückgang in Friedrichsthal.

Bevölkerungsentwicklung nach Quartieren			
	Sep 2005	Aug 2011	Saldo
Quartier 1	1.518	1.401	-117
Quartier 2	945	848	-97
Quartier 3	1.373	1.278	-95
Quartier 4	1.601	1.395	-206
Quartier 5	1.460	1.422	-38
Quartier 6	1.433	1.330	-103
Quartier 7	1.320	1.230	-90
Quartier 8	1.350	1.234	-116
Quartier 9	566	518	-48
Gesamt	11.779	10.656	-1.123

Quelle: Stadt Friedrichsthal

Die Tabelle (S. 6) zeigt, dass die Bevölkerung in den vergangenen sechs Jahren in jedem einzelnen Quartier mehr oder minder deutlich zurückgegangen ist. Die Saldi sind überall negativ.

<i>Altersgruppen in Friedrichsthal 2011</i>			
Alter	gesamt	In %	Anteil Saarland
0 - 2 Jahre	213	2,0 %	2,1 %
3 - 5 Jahre	224	2,1 %	2,2 %
6 - 9 Jahre	308	2,9 %	3,1 %
10 - 15 Jahre	598	5,6 %	5,6 %
16 - 17 Jahre	221	2,1 %	2,1 %
18 - 24 Jahre	848	8,0 %	8,1 %
25 - 39 Jahre	1.668	15,7 %	16,5 %
40 - 64 Jahre	4.279	40,2 %	38,3 %
65 - 74 Jahre	1.228	11,5 %	11,8 %
Über 75 Jahre	1.069	10,0 %	10,3 %

Quelle: Stadt Friedrichsthal

Im Altersaufbau unterscheidet sich Friedrichsthal nicht wesentlich vom Saarland.

Die Daten zur ausländischen Bevölkerung beziehen sich lediglich auf die staatsbürgerschaftlich Nichtdeutschen und umfassen die sehr heterogene Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund nicht wirklich. Gleichwohl ist keine exaktere Datengrundlage vorhanden.

Im Jahre 1994 lebten laut Statistischem Landesamt 514 Ausländer in Friedrichsthal, was einem Anteil von 4,3 % entsprach. In 2010 lebten dort 447 ausländische Menschen, das entspricht 4,1 %. Zum Vergleich: im Regionalverband Saarbrücken betragen die entsprechenden Anteile 9,7 % (1994) bzw. 11,3 % (2010). Im Saarland betragen die entsprechenden Anteile 7,6 % und 8,4 %. Die Zahl der hier lebenden ausländischen Menschen ist also vergleichsweise sehr niedrig.

<i>Ausländische Bevölkerung nach Quartieren 2011</i>			
Gebiet	Einwohner	Davon Ausländer	In %
Quartier 1	1.401	125	8,9%
Quartier 2	848	16	1,9%
Quartier 3	1.278	53	4,1%
Quartier 4	1.395	42	3,0%
Quartier 5	1.422	28	2,0%
Quartier 6	1.330	56	4,2%
Quartier 7	1.230	43	3,5%
Quartier 8	1.234	29	2,4%
Quartier 9	518	12	2,3%
Gesamt	10.656	404	3,8%

Quelle: Stadt Friedrichsthal

Auf Quartiersebene stehen Daten zum 10. August 2011 zur Verfügung. Sie zeigen, dass sich die ausländische Bevölkerung recht unterschiedlich über die Quartiere verteilt. Anteilsmäßig leben bei weitem die meisten im Ortsmitte Friedrichsthal (Quartier 1), wo der Ausländeranteil mehr als doppelt so hoch ist wie in der Gesamtstadt. Selbst hier ist er jedoch noch niedriger als im gesamten Regionalverband.

1.2 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (SVB)

Bei SVB nach dem Arbeitsort handelt es sich um die Zahl der in der Stadt Friedrichsthal zur Verfügung stehenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, unabhängig davon, ob sie von im Stadtgebiet Wohnenden oder auswärtigen Pendlern besetzt sind. Bei SVB nach dem Wohnort hingegen werden diejenigen Friedrichsthalerinnen und Friedrichsthaler gezählt, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, unabhängig von ihrem Beschäftigungsort.

<i>SVB in Friedrichsthal</i>			
Jahr	SVB	Saldo	
	am Arbeitsort	am Wohnort	
2006	2.074	3.434	-1.360
2007	2.004	3.545	-1.541
2008	2.027	3.591	-1.564
2009	1.947	3.537	-1.590
2010	2.138	3.542	-1.404

Quelle: isoplan-Marktforschung

Die Tabelle zeigt bei beiden über die Zeit hinweg steigende Zahlen. Diese positiven Trends werden dadurch noch verstärkt, dass im gleichen Zeitraum die Bevölkerungszahl um insgesamt 577 Personen gesunken ist.

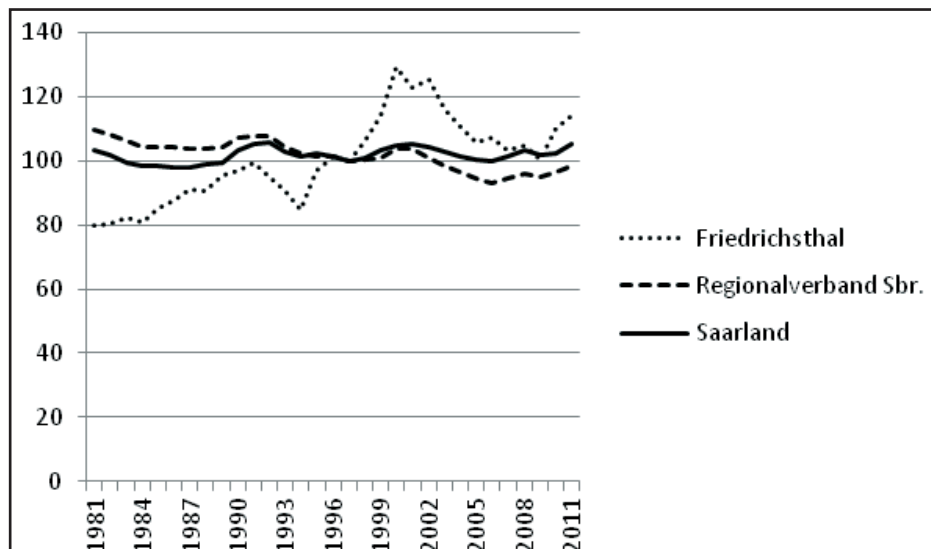
Der Vergleich zwischen Beschäftigung nach dem Wohnort und dem Arbeitsort zeigt, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt deutlich niedriger ist als die der beschäftigten Friedrichsthalerinnen und Friedrichsthaler.

<i>SVB im Regionalverband Saarbrücken 2010</i>			
Kommune	Einwohner	SVB nach dem Arbeitsort	SVB je 1.000 EW
Saarbrücken	175.741	103.588	589
RV SB	332.333	139.402	419
Sulzbach	17.452	6.771	388
Kleinblittersdorf	12.278	3.145	256
Friedrichsthal	10.798	2.138	198
Püttlingen	19.906	3.683	185
Heusweiler	19.472	3.032	156
Quierschied	13.631	1.528	112
Großrosseln	8.486	773	91
Riegelsberg	14.943	1.344	90

Quelle: Isoplan-Marktforschung

Ein Vergleich mit Regionalverband bzw. weiteren Kommunen innerhalb des Regionalverbandes zeigt, dass in Friedrichsthal 198 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze je 1.000 Einwohner zur Verfügung stehen. Damit nimmt die Stadt, was ihre Bedeutung als Arbeitsort anbelangt einen mittleren Rang ein, deutlich unter dem Wert für den gesamten Regionalverband (419 Arbeitsplätze je 1.000 Einwohner).

Entwicklung der SVB im Vergleich (Index 1997 = 100)



Quelle: isoplan-Marktforschung

Das Schaubild spiegelt die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze der vergangenen 30 Jahre in Friedrichsthal, dem Regionalverband sowie dem gesamten Saarland wider. Die Zahl der Arbeitsplätze ist in Friedrichsthal in den vergangenen 30 Jahren um etwa 650 angestiegen (1981: 1.546; 2011: 2.206). Im gleichen Zeitraum ist sie im Regionalverband um ca. 16.000 gesunken. Auf Landesebene ist sie ebenfalls um knapp 6.000 leicht gestiegen.

SVB nach Stadtteilen und Quartieren						
	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Quartier 1	444	424	444	408	416	438
Quartier 2	276	294	300	288	297	293
Quartier 3	357	388	391	374	369	374
Quartier 4	472	482	474	480	457	485
Quartier 5	418	443	474	464	464	470
Quartier 6	433	454	447	428	420	438
Quartier 7	405	414	411	446	433	441
Quartier 8	408	408	415	424	416	425
Keine Zuordnung mgl.	6	69	73	73	74	70
Friedrichsthal	1.967	2.031	2.083	2.014	2.003	2.060
Bildstock	1.246	1.276	1.273	1.298	1.269	1.304
Maybach	187	178	197	192	183	176
Gesamt	3.406	3.554	3.626	3.577	3.529	3.610

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Betrachtet man die Beschäftigtenzahlen auf Stadtteil- und Quartiersebene, so zeigt sich die gleiche Konstanz bzw. leichte Aufwärtstendenz. Eine Ausnahme bildet der Stadtteil Maybach, wo die Zahl leicht zurückgegangen ist. Eine Ausnahme auf Quartiersebene ist das Quartier Ortsmitte Friedrichsthal, wo die Zahl der Beschäftigten ebenfalls leicht zurückgegangen ist.

1.3 Arbeitslosigkeit

Hier ist zunächst wichtig, darauf hinzuweisen, wer laut Definition der Bundesagentur für Arbeit als arbeitslose Person gezählt wird. Arbeitslos sind gem. § 16 Abs. 1 SGB III Personen, die

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen
- eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung stehen
- sich arbeitslos gemeldet haben

Ausgeschlossen hingegen werden neben statistisch weniger bedeutsamen Fallkonstellationen gem. § 16 Abs. 2 SGB III Personen, die Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, also z.B. Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen, sind. Diese nachträglich in Kraft getretene Ergänzung führte zu einer faktischen Zweiteilung des Arbeitslosenbegriffes in einen statistischen und einen leistungsrechtlichen Arbeitslosenbegriff¹.

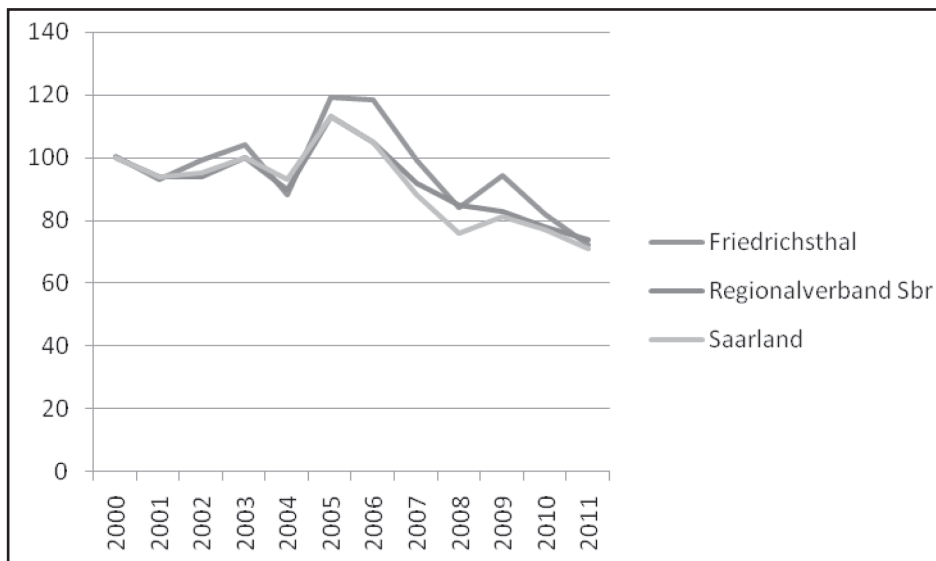
<i>Arbeitslose nach Stadtteilen und Quartieren</i>							
Quartier	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Quartier 1	147	156	130	118	147	110	100
Quartier 2	80	94	71	62	57	63	46
Quartier 3	67	58	53	42	42	38	33
Quartier 4	43	42	29	32	35	38	27
Quartier 5	62	52	44	38	55	33	44
Quartier 6	72	86	70	55	64	55	53
Quartier 7	57	47	42	38	53	36	39
Quartier 8	53	45	44	34	38	27	31
Keine Zuordnung mgl.	0	1	16	11	17	10	6
Friedrichsthal	399	402	327	292	336	282	250
Bildstock	182	178	156	127	155	118	123
Maybach	43	46	29	26	24	19	13
Gesamt	624	627	528	456	532	429	392

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Statistik zeigt, dass die Arbeitslosenzahlen in den vergangenen 6 Jahren zurückgegangen sind. Die Tabelle zeigt einen deutlichen Rückgang zwischen 2006 und 2008. Von 2008 nach 2009 stieg die Zahl der Arbeitslosen wieder, um seitdem wieder kontinuierlich zurückzugehen. Die gleiche Entwicklung findet sich auch auf Stadtteilebene, in Maybach gingen die Arbeitslosenzahlen im Betrachtungszeitraum sogar kontinuierlich zurück. Die gleiche Tendenz findet sich auch auf Quartiersebene, wobei das Quartier Kolonieschacht (Quartier 2) heraus sticht, da dort kein zwischenzeitlicher Anstieg von 2008 nach 2009 festzustellen war.

¹vgl. Bundesagentur für Arbeit (2009): *Umfassende Arbeitsmarktstatistik*, in: „<http://statistik.arbeitsagentur.de/cae/servlet/contentblob/4384/publicationFile/512/Methodenbericht-Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung.pdf>“ vom 18.03.2012

Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Vergleich (Index 2000 = 100)



Quelle: isoplan-Marktforschung

Der Vergleich mit den übergeordneten Ebenen Regionalverband und Saarland zeigt parallele Entwicklungen. Man erkennt den sprunghaften Anstieg von 2004 auf 2005, der durch die Einführung der Arbeitsmarktreform Hartz IV und den damit verbundenen Einbezug der früheren SozialhilfeempfängerInnen in die Arbeitslosenstatistik verursacht ist. Insgesamt sind die Trends aber durchweg positiv. Sowohl in Friedrichsthal, als im Regionalverband und im Saarland liegen die Arbeitslosenzahlen 2011 auf dem niedrigsten Stand der vergangenen 12 Jahre.

Was die im Folgenden vorgestellte Arbeitslosenquote anbelangt, so gilt folgender Hinweis: die Quote setzt sich zusammen aus sozialversicherungspflichtig abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen. Es fehlen bestimmte Beschäftigtengruppen, wie Selbstständige, Beamte und weitere. Diese Zahlen sind auf kleinräumiger Ebene nicht bekannt und müssen deshalb ausgeklammert werden. Die Quoten sind also insgesamt tendenziell zu hoch.

Arbeitslosenquote ges.	
2005	18,1 %
2006	18,4 %
2007	14,9 %
2008	12,6 %
2009	14,9 %
2010	12,2 %
2011	10,9 %

Wie bereits bei den absoluten Zahlen gesehen, zeigt sich ein deutlicher Rückgang seit 2006, der sich nach einem zwischenzeitlichen Anstieg 2008/2009 wieder fortgesetzt hat.

• **Unter 25-Jährige**

Arbeitslose unter 25 Jahre		
Jahr	unter 25	in %
2005	88	14,1 %
2006	103	16,43 %
2007	55	10,42 %
2008	42	9,21 %
2009	76	14,29 %
2010	44	10,26 %
2011	25	6,38 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

In der Gruppe der Unter 25-Jährigen findet sich tendenziell die gleiche Entwicklung wie in der Gesamtgruppe der Arbeitslosen: Rückgang der Zahlen zwischen 2006 und 2008, zwischenzeitlicher Anstieg, seit 2009 wieder Rückgang. Die Entwicklungen verlaufen jedoch wesentlich ausgeprägter. So ist die Zahl auf der Ebene der Gesamtstadt im Vergleich zum Höchststand 2006 um über 75 % zurückgegangen. Hier kommt zum Tragen, dass Unter 25-Jährige besonderen arbeitsmarktpolitischen Förderungen unterliegen. Die gleichen Trends sind auf Stadtteil- und Quartiersebene zu beobachten. Die absoluten Zahlen liegen vor, aus Anonymisierungsgründen werden sie jedoch nicht veröffentlicht, da zu niedrig.

• **Über 55-Jährige**

Arbeitslose über 55 Jahre		
Jahr	55 u.ä.	in %
2005	73	11,7 %
2006	70	11,16 %
2007	68	12,88 %
2008	65	14,25 %
2009	72	13,53 %
2010	50	11,66 %
2011	59	15,05 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Zahl der über 55 Jährigen ist im Berichtszeitraum eher konstant geblieben und bewegt sich erst seit 2010 leicht nach unten. Anteilsmäßig sind die Über 55-Jährigen sogar leicht gestiegen, was aber auch mit ihrem steigenden Anteil in der Gesamtbevölkerung zusammenhängen dürfte.

• **Langzeitarbeitslose**

Als langzeitarbeitslos gilt, wer länger als 12 Monate arbeitssuchend gemeldet und ohne Beschäftigung ist.

Langzeitarbeitslose		
Jahr	LZA	in %
2005	211	33,80 %
2006	245	39,07 %
2007	242	45,83 %
2008	221	48,46 %
2009	150	28,20 %
2010	155	36,13 %
2011	Keine Daten vorhanden	

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist nach wie vor konstant hoch, erst seit 2009 findet sich ein Rückgang. Für 2011 standen keine Daten zur Verfügung.

Arbeitslose nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit							
Jahr	Ges.	Männer	in %	Frauen	in %	Ausländer	in %
2005	624	346	55,5 %	278	44,6 %	39	6,3 %
2006	627	322	51,4 %	305	48,6 %	39	6,2 %
2007	528	287	54,4 %	241	45,6 %	34	6,4 %
2008	456	224	49,1 %	232	50,9 %	23	5,0 %
2009	532	273	51,3 %	259	48,7 %	21	4,0 %
2010	429	241	56,2 %	188	43,8 %	26	6,0 %
2011	392	186	47,5 %	206	52,6 %	21	5,4 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Insgesamt überwiegt der Männeranteil leicht. Ausnahmen sind 2008 und 2011, wo jeweils mehr Frauen als Männer arbeitslos gemeldet waren. Die absolute Zahl der arbeitslos gemeldeten ausländischen Menschen ist in den vergangenen fünf Jahren analog zur Gesamtgruppe gesunken. Was ihren Anteil anbelangt, so ist dieser seit 2006 relativ konstant.

1.3.1 Arbeitslosigkeit im SGB III

Personen, die zum Zeitpunkt ihrer Arbeitslosmeldung in den vergangenen zwei Jahren mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, werden dem SGB III zugeordnet und von den Agenturen für Arbeit betreut. In der Regel haben sie befristeten Anspruch auf Arbeitslosengeld I.

Arbeitslose im SGB III	
2005	195
2006	161
2007	108
2008	94
2009	159
2010	123
2011	96

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Zahl der Arbeitslosen nach dem SGB III ist deutlich rückläufig. Man sieht einen starken Rückgang zwischen 2005 und 2008. Im Jahreswechsel 2008/ 2009 ist ihre Zahl nochmals angestiegen, seitdem geht sie wieder zurück. Im Vergleich zu 2005 hat sich die Zahl der Anspruchsberechtigten halbiert. Gleiche Entwicklungen findet man auch auf Stadtteil- und Quartiersebene. Hier können die Fallzahlen aus Anonymisierungsgründen allerdings nicht dargestellt werden.

Frauenanteil im SGB III		
Jahr	absolut	In %
2005	81	41,5 %
2006	70	43,5 %
2007	45	41,7 %
2008	42	44,7 %
2009	77	48,4 %
2010	51	41,5 %
2011	49	51,0 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Im SGB II überwiegt der Männeranteil, Ausnahme ist 2011.

Die Zahl der ausländischen Menschen im SGB III liegt unter 10 Personen und wird daher nicht veröffentlicht. Betrachtet man nur die arbeitslosen ausländischen Personen, so zeigt sich, dass nur wenige von ihnen Arbeitslosengeld I-Ansprüche haben. Der Anteil der Hartz IV-Empfänger unter ihnen ist höher als in der Gruppe der deutschen Arbeitslosen.

1.3.2 Arbeitslosigkeit im SGB II

Personen ohne Ansprüche auf Arbeitslosengeld I werden nicht den Arbeitsagenturen, sondern den Jobcentern, früher ARGEn zugeordnet und erhalten einheitlich und prinzipiell unbefristet Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Die Leistungen sind pauschalisiert und werden über einen fiktiven Warenkorb berechnet. Die Höhe der Regelsätze orientieren sich am Einkommen des unteren Fünftels der erwerbstätigen Bevölkerung.

<i>Arbeitslose im SGB II</i>							
Quartier	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Quartier 1	116	135	120	107	124	97	84
Quartier 2	58	79	59	56	44	49	41
Quartier 3	44	37	42	32	28	24	24
Quartier 4	27	28	20	21	17	21	15
Quartier 5	44	33	32	27	36	24	30
Quartier 6	47	58	52	40	41	37	42
Quartier 7	35	34	26	28	32	22	25
Quartier 8	28	27	29	20	21	13	21
Keine Zuordnung mgl.	0	1	16	9	11	8	4
Friedrichsthal	289	312	273	243	249	215	194
Bildstock	110	119	107	88	94	72	88
Maybach	30	34	24	22	19	11	10
Gesamt	429	466	420	362	373	306	296

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Tabelle zeigt, dass die Arbeitslosenzahlen seit dem Höchststand 2006 fast kontinuierlich zurückgegangen sind. Dieser positive Trend gilt auch für Stadtteile und Quartiere.

<i>Arbeitslose im SGB II</i>		
Jahr	SGB II ges.	Anteil an Arbeitslosen gesamt
2005	429	68,8 %
2006	466	74,3 %
2007	420	79,6 %
2008	362	79,4 %
2009	373	70,1 %
2010	306	71,3 %
2011	296	75,5 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Betrachtet man das Verhältnis von der Gesamtzahl der Arbeitslosen zu den SGB II- Arbeitslosen, so stellt man fest, dass letzterer bei ca. 75 % liegt, d.h. 3 von 4 Arbeitslosen sind ohne SGB III-Anspruch, i.d.R. auf SGB II-Leistungen angewiesen. Man sieht, dass ihr Anteil von 2005 (Einführung von Harz IV) bis 2008 stetig gestiegen ist und sich mittlerweile ebenfalls wieder nach oben bewegt.

<i>Arbeitslose im SGB II nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit</i>					
	Gesamt	Davon Frauen	In %	Davon Ausländer	In %
2005	429	197	46,0 %	34	8,0 %
2006	466	235	50,4 %	30	6,4 %
2007	420	196	46,7 %	27	6,4 %
2008	362	190	52,5 %	20	5,5 %
2009	373	182	48,8 %	17	4,6 %
2010	306	137	44,8 %	19	6,2 %
2011	296	157	53,0 %	20	6,8 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Der Frauenanteil liegt im SGB II insgesamt etwas höher als bei der Gesamtzahl der Arbeitslosen. Der Ausländeranteil im SGB II ist höher als in der Gesamtbevölkerung. Beide Aspekte geben Hinweise auf strukturelle Benachteiligung dieser Gruppen.

<i>Arbeitslose im SGB II nach bestimmten Altersgruppen</i>				
Jahr	unter 25	in %	55 u.ä.	in %
2005	46	10,7 %	42	9,8 %
2006	58	12,5 %	44	9,4 %
2007	33	7,9 %	46	11,0 %
2008	24	6,6 %	41	11,3 %
2009	40	10,7 %	36	9,7 %
2010	19	6,2 %	22	7,2 %
2011	7	2,4 %	28	9,5 %

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Was den Anteil der unter 25 Jährigen anbelangt, so ist dieser fast kontinuierlich gesunken. Aktuell sind nur noch wenige unter 25 Jährige per Definition Hartz IV- Arbeitslose. Hierzu ist wiederum anzumerken, dass Unter 25-Jährige im SGB II besonderer Förderung unterliegen. So werden sie nach Antragstellung beschleunigt in Ausbildung, Arbeit, Qualifizierung oder Beschäftigung vermittelt. Die Zahl sagt also nichts darüber aus, wie viele Unter 25-Jährige wirklich ohne Arbeit sind.

Die Zahl der über 55-Jährigen ist im Berichtszeitraum leicht gesunken, ihr Anteil ist stabil bei knapp 10 %.

<i>Ausgaben im SGB II im Bereich des Jobcenter Friedrichthal</i>					
Jahr	Ausgaben insgesamt	Ausgaben zum Lebensunterhalt	Ausgaben für Unterkunft	Ausgaben Beiträge Sozialversicherung	Ausgaben Sonstige Leistungen
2005	474.800 €	204.960 €	141.245 €	117.720 €	10.880 €
2006	519.940 €	216.590 €	164.560 €	128.780 €	10.010 €
2007	456.990 €	198.930 €	156.100 €	91.230 €	10.730 €
2008	422.540 €	180.500 €	148.460 €	84.090 €	9.490 €
2009	414.930 €	170.710 €	150.010 €	85.500 €	8.700 €
2010	439.570 €	184.050 €	157.540 €	85.230 €	12.750 €
2011	397.960 €	170.810 €	157.490 €	60.920 €	8.740 €

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Tabelle zeigt, dass die Ausgaben insgesamt seit der Einführung von Hartz IV gesunken sind. Betrachtet man sie getrennt nach den einzelnen Leistungsarten, so zeigt sich folgendes Bild: die Ausgaben zum Lebensunterhalt sind rückläufig, die Kosten für Unterkunft stabil mit leicht ansteigender Tendenz. Kosteneinsparungen sind vor allem bei den Beiträgen zur Sozialversicherung zu sehen. Man erkennt eine Zäsur zwischen 2006 und 2007 und dann wieder von 2010 auf 2011. In letzterer spiegelt sich die Abschaffung der Übernahme von Rentenbeiträgen wider.

1.3.3 Betroffenzahlen in SGB II und SGB XII

Es ist zwischen Arbeitslosen- und Betroffenzahlen zu unterscheiden. Erstere orientieren sich am bereits beschriebenen statistischen Arbeitslosenbegriff. Betroffenzahlen sind notwendigerweise höher. Sie umfassen alle diejenigen, welche darüber hinaus ebenfalls Leistungen nach dem SGB II erhalten. Dazu zählen nicht erwerbsfähige Personen wie z.B. Kinder. Weiterhin umfassen sie Personen in geringfügigen und/oder geringfügig entlohnten Beschäftigungsverhältnissen, welche trotz Einkommens hilfebedürftig sind und als sog. Aufstocker zusätzlich Arbeitslosengeld II erhalten. Daher sind die Betroffenzahlen, idealerweise ergänzt um Daten zur Grundsicherungsleistungen nach SGB XII ein aufschlussreicherer Hinweis über die Verbreitung von Armutslagen.

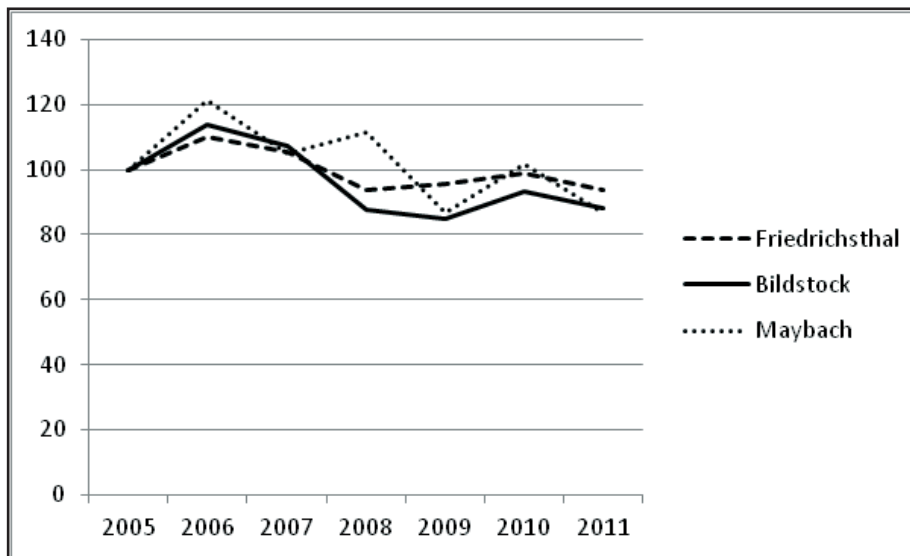
Die Stabsstelle Bildungsmanagement im Regionalverband hat berechnet, dass der Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Regionalverband 2010 bei knapp 48 % lag, obwohl nur ein Drittel der saarländischen Bevölkerung dort lebt.



Quelle: Stabsstelle Bildungsmanagement im Regionalverband Saarbrücken

Das Schaubild zeigt die unterschiedliche Verteilung des Anteils der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen an der Gesamtbevölkerung innerhalb der Regionalverbandskommunen. Je dunkler die Färbung, desto höher ist der jeweilige Anteil. Man erkennt, dass die Stadt Friedrichsthal - helleres Grau gekennzeichnet - einen mittleren Rang einnimmt.

Entwicklung der Betroffenzahlen nach Stadtteilen (Index 2005= 100)



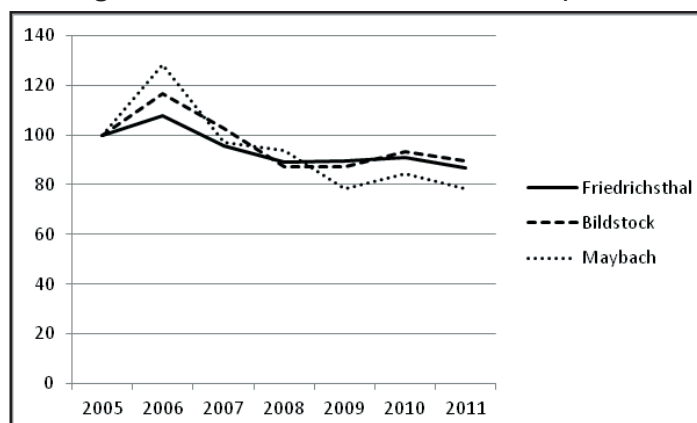
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Entwicklung der Betroffenzahlen nach Quartieren							
Quartier	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Quartier 1	288	340	325	294	313	319	303
Quartier 2	149	162	152	124	105	108	115
Quartier 3	100	108	133	106	111	122	83
Quartier 4	67	68	63	62	51	54	65
Quartier 5	84	78	53	60	77	78	78
Quartier 6	109	135	110	91	94	112	98
Quartier 7	82	91	80	73	72	75	84
Quartier 8	65	65	85	61	51	52	44

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Schaubild und Tabelle zeigen, dass ebenso wie die Arbeitslosenzahlen auch die Betroffenzahlen leicht rückläufig sind. Diese Entwicklung ist auch auf Stadtteilebene beobachtbar. Insgesamt lässt sich jedoch auch ablesen, dass der positive Trend bei den Betroffenzahlen lange nicht so ausgeprägt ist wie bei den Arbeitslosenzahlen.

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nach Stadtteilen (Index 2005 = 100)



Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften nach Quartieren							
Quartier	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Quartier 1	161	182	156	148	158	162	148
Quartier 2	88	90	80	75	67	63	67
Quartier 3	56	59	66	56	54	56	45
Quartier 4	33	34	30	28	25	26	32
Quartier 5	46	48	36	36	40	42	41
Quartier 6	66	80	65	53	57	63	55
Quartier 7	47	58	48	48	47	48	52
Quartier 8	38	38	42	31	28	30	28

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Gem. § 7 Abs. 3 SGB II bilden die mit einem oder mehreren sog. ‚erwerbsfähigen Hilfebedürftigen‘ im Haushalt zusammenlebenden Personen, Ehegatten, Lebenspartner, Kinder etc. eine Bedarfsgemeinschaft (BG). Die rückläufige Entwicklung gilt auch für die Bedarfsgemeinschaften.

Jahr	Personen insgesamt	BGs insgesamt	Ø Personen je BG
2005	1.005	567	1,77
2006	1.121	630	1,78
2007	1.090	567	1,92
2008	962	517	1,86
2009	957	515	1,86
2010	1.007	528	1,91
2011	938	501	1,87

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die durchschnittliche Personenzahl je Bedarfsgemeinschaft ist in der Anfangszeit von Hartz IV leicht gestiegen, seit 2007 aber stabil.

- **Grundsicherung nach dem SGB XII**

Personen, die das Renteneintrittsalter erreicht haben, erhalten kein Arbeitslosengeld mehr. Sollten die Rentenansprüche zur Bestreitung des Lebensunterhalts nicht ausreichen, so besteht zusätzlich Anspruch auf Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII. Gleiches gilt für nicht nur vorübergehend nicht Erwerbsfähige ab 18 Jahren. Die Höhe der Grundsicherungsleistungen orientiert sich an den Hartz IV-Regelsätzen, es gibt allerdings auch Unterschiede, beispielsweise was die Berücksichtigung von Vermögen anbelangt.

Zu Grundsicherungsleistungen liegen wenige Daten des Regionalverbandes Saarbrücken vor, welche zudem teilweise auf Schätzungen und Hochrechnungen basieren. Demzufolge liegt in der Stadt Friedrichsthal die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger dieser Leistungsart mit leicht steigender Tendenz bei etwas über 100 Personen (2011: 113 Personen). 55 - 60 % von ihnen sind über 65 Jahre alt. Knapp 60 % davon sind Frauen, deren höhere Lebenserwartung hier eine Rolle spielt.

1.4 Quartiersbetrachtung

Innerhalb der Stadt Friedrichsthal waren die Quartiere 1 und 2 besonders hervorzuheben. Dabei kann das Quartier 1 als besonders belastet angesehen werden, denn in ihm zeigen sich die sozialen Lagen überdurchschnittlich deutlich. Im Quartier 2 liegen die entsprechenden Werte ebenfalls über dem gesamtstädtischen Durchschnitt, aber bei weitem nicht so hoch.

In allen Quartieren außer im Quartier 1 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den vergangenen 5 Jahren leicht gestiegen. Die absoluten Arbeitslosenzahlen sind wie in den anderen Quartieren auch dort rückläufig. Trotz dieser in Teilbereichen positiven Entwicklungen ist festzustellen, dass sich die sozialen Probleme insbesondere im Quartier 1 eher verschärft haben.

	<i>Einwohner</i>		<i>Beschäftigte</i>		<i>Arbeitslose</i>	
	ges.	in % zur GG	ges.	in % zur GG	ges.	in % zur GG
Quartier 1	1.401	13,10 %	438	12,10 %	100	25,50 %
Quartier 2	848	8,00 %	293	8,10 %	46	11,70 %

Mit 1.401 Personen leben ca. 13 % aller Einwohner dort. Die Beschäftigtenzahlen entsprechen noch in etwa dem Bevölkerungsanteil. Der Anteil an Arbeitslosen ist dagegen mehr als doppelt so hoch, jede/r vierte Erwerbslose der Gesamtstadt lebt hier. Tendenziell das Gleiche gilt- in abgeschwächter Form- für Quartier 2: der Einwohneranteil beträgt 8 Prozent, der Anteil an Arbeitslosen jedoch fast 12 %.

	<i>Betroffene</i>	<i>In % aller Betroffenen</i>	<i>In % aller Einwohner</i>
Quartier 1	303	32,30 %	21,60 %
Quartier 2	115	12,30 %	13,60 %

Noch deutlicher wird das bei den Betroffenenzahlen: obwohl nur 13 % der Einwohner kommt fast jede/r Dritte von Hartz IV Betroffene aus dem Quartier 1. Mit 21,6 % lebt mehr als jede/r Fünfte dort von Sozialleistungen nach dem SGB II. Auf gesamtstädtischer Ebene ist es noch in etwa jede/r Zehnte, ihr Anteil ist im Quartier 1 also mehr als doppelt so hoch- und das ohne, dass Daten zu Grundsicherungsleistungen, die sich in wesentlichen Punkten auf Hartz IV Niveau bewegen, mit einbezogen worden sind. In der Zeitreihe zeigte sich außerdem, dass die Betroffenenzahlen trotz gegenläufiger Entwicklung auf Stadtteil- und gesamtstädtischer Ebene im Quartier 1 angestiegen sind.

1.5 Kinderarmut

Die vorangehende Kapitelüberschrift wurde bewusst schlagwortartig gewählt, obwohl es sich hier in erster Linie ‚nur‘ um die Betrachtung von Kindern im SGB II-Bezug dreht. Notwendigerweise außen vor bleiben müssen diejenigen Kinder, welche keine Ansprüche auf Sozialleistungen haben, weil beispielsweise das Einkommen der Eltern knapp über dem Hartz IV- Satz liegt, da hierzu keine Datengrundlage vorhanden ist. Es liegen uns z.B. keine Zahlen darüber vor, wie viele Kinder mit Ihren Familien zwar keine Hartz-IV-Leistungen erhalten, aber Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen und daher auch zu dem Kreis derjenigen gehören, die Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben. Der Bezug dieser Leistungen ist auch ein Armutskennzeichen.

Armut ist stets als mehrdimensionaler Begriff zu definieren und steht für einen erschwerten Zugang zu unterschiedlichen Lebensbereichen (Einkommen, Wohnung, Bildung, Kultur, Gesundheit etc.).

Die Stabsstelle Bildungsmanagement des Regionalverbandes Saarbrücken gibt einen Überblick über den Anteil von Kindern von 0 bis 14 Jahren im Sozialgeldbezug bezogen auf die Gesamtbevölkerung in den einzelnen Regionalverbandsgemeinden.



Quelle: Stabsstelle Bildungsmanagement im Regionalverband Saarbrücken

Die Stadt Friedrichsthal nimmt hierbei - mittleres Grau gekennzeichnet - einen mittleren Rang ein.

<i>Jahr</i>	<i>BG insgesamt</i>	<i>Davon BGs mit Kindern</i>	<i>in %</i>	<i>davon mit 1 Kind</i>	<i>davon mit 2 und mehr Kindern</i>	<i>Mindestanzahl Kinder in BGs</i>
2005	567	152	26,8 %	77	75	227
2006	630	168	26,7%	80	88	256
2007	567	171	30,2%	88	83	254
2008	517	152	29,4%	85	67	219
2009	515	150	29,1%	80	70	220
2010	528	173	32,8%	99	74	247
2011	501	167	33,3%	100	67	234

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern. Es zeigt sich, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Gegensatz zur Gesamtzahl der BG nicht gesunken, sondern angestiegen ist. Dabei ist die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit 1 Kind gestiegen, die der Bedarfsgemeinschaften mit mehr als 1 Kind gesunken. Eine genaue Zahl der Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben, lässt sich anhand des vorliegenden Datenmaterials nicht bestimmen, da die Kategorie ‚zwei und mehr Kinder‘ nach oben hin offen ist. Nimmt man nun den Grenzfall an, dass diese nur mit jeweils zwei Kindern besetzt ist, lässt sich eine Mindestzahl von Kindern, die in Bedarfsgemeinschaften leben, berechnen. Anhand dieser Berechnung ist die Mindestzahl der Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften wohnen, nahezu gleich geblieben. Generell lässt sich also festhalten, dass die positive Entwicklung bei Betroffenenanzahlen sich nicht auf Familien mit Kindern übertragen lässt.

Die Stabsstelle Bildungsmanagement des Regionalverbandes Saarbrücken geht von insgesamt 269 Kindern in Friedrichsthal im SGB II-Bezug aus. Der Anteil der Kinder im Sozialgeldbezug an der Gesamtbevölkerung beträgt demzufolge 2,49 %. Dies ist der vierthöchste Anteil nach der Landeshauptstadt selbst sowie Völklingen und Sulzbach. Isoplan-Marktforschung gibt die Gesamtzahl der Friedrichsthaler Kinder von 0 bis 14 Jahren mit 1.242 an (Stand: 10.08.2011). Bezogen auf diese Zahl sind also ca. 21,7 % von ihnen von Sozialgeld abhängig. Mehr als jedes fünfte Kind wächst also in Friedrichsthal unter Armutbedingungen auf.

Betrachtet man nun isoliert die Quartiere 1 und 2, so zeigt sich folgendes Bild:

	<i>Kinder 0 bis 14 Jahre</i>	<i>Davon mindestens im SGB II-Bezug</i>	
		Anz.	In %
Quartier 1	209	90	43,06 %
Quartier 2	108	22	20,37 %

Quelle: isoplan-Marktforschung , Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen

Die Mindestzahl der Kinder in BGs wurde dabei auf die gleiche Weise wie oben berechnet. Die Betroffenenanzahl bei den Kindern im Quartier 2 liegt dabei auf gesamtstädtischem Niveau. In etwa jedes fünfte Kind ist betroffen. Dramatisch höher ist dagegen ihr Anteil im Quartier 1. Dort wächst mit einem Anteil von mindestens 43 % nahezu jedes zweite Kind unter Armutbedingungen auf.

1.6. Zusammenfassung und Fazit

Die aktuelle Einwohnerzahl der Gemeinde Friedrichsthal betrug im August 2011 10.656 Personen. In den vergangenen 30 Jahren hat die Einwohnerzahl um ca. 15 % abgenommen. Die altersgemäße Zusammensetzung unterscheidet sich nicht signifikant von den übergeordneten Ebenen Regionalverband Saarbrücken und Saarland. Die Zahl der hier lebenden ausländischen Menschen ist allerdings im Vergleich viel niedriger.

Die Beschäftigtenzahlen sind in den vergangenen Jahren gestiegen, ebenso die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze. Diese positiven Trends werden durch die gleichzeitige Abnahme der Einwohnerzahl noch verstärkt. Die Stadt Friedrichsthal nimmt, was ihre Bedeutung als Arbeitsort anbelangt einen mittleren Rang ein.

Die Arbeitslosenzahlen sind in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Sowohl in Friedrichsthal, als im Regionalverband und im Saarland liegen sie 2011 auf dem niedrigsten Stand der vergangenen 12 Jahre. Dies gilt für das SGB II und das SGB III. Betrachtet man das Verhältnis von der Gesamtzahl der Arbeitslosen zu den SGB II-Arbeitslosen, so stellt man fest, dass letzterer bei ca. 25 % liegt, d.h. 3 von 4 Arbeitslosen sind ohne SGB III-Anspruch, landläufig Hartz IV-Empfänger. Der Bezug von Arbeitslosengeld I stellt daher ein gewisses „Privileg“ dar.

Die Betroffenenzahlen, also die Zahlen aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger von Hartz IV sind analog zu den Arbeitslosenzahlen ebenfalls leicht rückläufig, allerdings ist der positive Trend bei weitem nicht so ausgeprägt. Addiert man die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen, so waren 2011 etwa 1.050 Personen von existenzsichernden Leistungen abhängig. Bezogen auf die Gesamteinwohnerzahl ist das etwa jede/r Zehnte.

Innerhalb des Stadtgebietes wurden die Quartiere 1 und 2 besonders herausgearbeitet. Dabei muss insbesondere das Quartier 1 als besonders stark belastet gelten. Jede/r vierte Erwerbslose der Stadt lebt hier. Mehr als jede/r Fünfte ist von staatlichen Transferleistungen nach dem SGB II abhängig. Noch erschreckender ist die Situation der dort lebenden Kinder unter 15 Jahren: fast jedes zweite ist abhängig von SGB II-Leistungen! Im Quartier 2 liegt die Betroffenenanzahl der Kinder auf gesamtstädtischem Niveau, der Arbeitslosenanteil 50% über dem Niveau der Gesamtstadt.

Betrachtet man generell die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern, so ist diese nicht gesunken, sondern gestiegen. Die positiven Trends auf dem Arbeitsmarkt kommen bei Familien mit Kindern kaum an. Hier spielt auch der wachsende Sektor der Geringverdiener eine Rolle, d.h. dass das Arbeitseinkommen unterhalb des Hartz IV- Niveaus liegt und daher zusätzliche ALG II-Ansprüche bestehen. In jedem Fall aber ist es ein weiteres Indiz für den Zusammenhang zwischen Kindern und Armut in unserer Gesellschaft.

II. Entwicklung der Sozialberatung

der Caritas GWA Friedrichsthal 2007 - 2011

Die Menschen, die zu uns zur Sozialberatung kommen, sind weder Klienten noch Kunden. Kunden und Klienten haben ein Anliegen. Wenn dieses gelöst ist, ist auch die Zusammenarbeit beendet.

Menschen, die zu unserer Sozialberatung kommen, sind häufig auch bei Aktionen aktiv und arbeiten z.B. beim Sommerfest mit. Im Mittelpunkt der Beziehung GWAler/in – Bürger/in stehen damit auch die Fähigkeiten und Ressourcen der Menschen.

Unsere Sozialberatung ist ein ganzheitliches und niedrigschwelliges Angebot. Menschen können auch ohne Termin bei uns vorsprechen. Wir sind daran interessiert, welchen Ursprung Probleme haben, welche Familienmitglieder, besonders Kinder, davon betroffen sind, wie die gesamte Lebenssituation der Familie davon beeinträchtigt ist, in welchem Sozialraum der Ratsuchende lebt, welche Netzwerke die Familie hat, aber auch welche Ressourcen der Mensch hat.

Im folgenden Statistikvergleich über die Jahre 2007 bis 2011 geben wir einen Überblick über die Nachfrage nach unserer Sozialberatung:

STATISTIKVERGLEICH 2007 – 2011

Tabelle 1

	2007	2008	2009	2010	2011
Beratungen gesamt	264	259	465	438	459
Familien und Einzelpersonen gesamt	88	90	113	109	04
F und E aus Quartieren 1 und 2	55 (63 %)	51 (57 %)	63 (56 %)	46 (42 %)	45 (43 %)
F und E aus anderen Quartieren	33 (37 %)	49 (43 %)	50 (44 %)	63 (58 %)	59 (57 %)

Stichtag der Tabellen ist jeweils der 31.12. des entsprechenden Jahres.

Ab dem Jahr 2009 wurde das Stundenkontingent in der Beratungsarbeit erhöht, so dass die gestiegene Nachfrage nach Beratung bedient werden konnte. Die Anzahl der Beratungen hat sich ab diesem Zeitpunkt fast verdoppelt, die Personenzahl ist um 20 % gestiegen. Das heißt, Personen kamen mehrmals mit einem oder mehreren Anliegen zur Beratung. Die Intensität der Beratungen ist sehr unterschiedlich. Den einen reicht eine Antwort auf eine Frage, die nächsten benötigen mehrfache und längerfristige Hilfe bei unterschiedlichen Problemen. Die Hilfeersuchen sind sehr vielfältig und die Dauer der einzelnen Beratungen variiert sehr stark. Oftmals entsteht eine vertrauensvolle Beziehung, in der die Ratsuchenden tieferliegende Probleme offenbaren.

Die meisten Anfragen betrafen ALGII/Grundsicherung (34,4 %) und „Sonstiges“ (41,9 %).

Bei Ersterem ging es im Einzelnen darum Bescheide zu erklären, Antragshilfen zu geben, Widersprüche einzulegen. Im Bereich „Sonstiges“ ging es z.B. um GEZ-Anträge, Stromschulden, Stromsparmcheck, Elterngeld, Kindergartenbeitrag, Haushaltshilfe, Kindergeld und Kinderzuschlag, Suche nach Selbsthilfegruppen, Telefonanbieter u.a.

5,3 % der Anfragen betrafen Wohnungsprobleme (Wohnungssuche, Mietschulden, Fragen bei Nebenkosten-Abrechnungen. 4,9 % kamen wegen familiärer Probleme, 6,9 % wegen Schulden, 3,6 % wegen Gesundheitsthemen, 1,6 % wegen Arbeit und 1,4 % kamen zum Schreiben von Bewerbungen.

Bis zum Jahr 2009 kamen weit über die Hälfte der Ratsuchenden aus den Quartieren Ortsmitte Friedrichsthal (Quartier 1) und Kolonieschacht (Quartier 2). In der Zeit danach sank die Quote etwas und es kamen mehr Menschen aus anderen Quartieren.

Tabelle 2

	2007	2008	2009	2010	2011
Familien und Einzelpersonen gesamt	88	90	113	109	104
arbeitslos	43 (49 %)	42 (47 %)	53 (47 %)	47 (43 %)	39 (37 %)
prekäre Lebenssituation	10 (11 %)	10 (10 %)	19 (17 %)	27 (25 %)	30 (29 %)

Unter „arbeitslos“ haben wir Personen gezählt, die zum Datum 31.12. arbeitslos waren. Wir zählten auch Personen dazu, die in Maßnahmen des Jobcenters oder geringfügig beschäftigt waren.

Zu den prekären Lebenssituationen zählten wir alle Bezieher von ergänzenden Leistungen wie ergänzende SGB II-Leistungen, Wohngeld, Kinderzuschlag und SGB XII- oder ergänzende SGB XII-Leistungen.

Die Anzahl der Personen, die arbeitslos waren und Beratung nachfragten, hat im Jahr 2011 eine leicht fallende Tendenz, während die Anzahl der Menschen, die in prekären Lebenssituationen leben ansteigt. In dieser Gruppe erhielten 23 Personen ergänzende Leistungen (Wohngeld, Kinderzuschlag, ergänzende SGB II-Leistungen wegen zu geringem Einkommen).

Tabelle 3

	2007	2008	2009	2010	2011
arbeitslos und prekär gesamt	53	51	72	74	69
davon aus Quartier 1 und 2	39 (74 %)	34 (67 %)	42 (58 %)	28 (38 %)	33 (48 %)

Die Menschen, die in relativer Armut leben, also entweder arbeitslos oder in prekärer Lebenssituation waren, kommen etwa zu einem Drittel aus den Quartieren 1 und 2.

2.1 Die Situation von Familien mit Kindern

Tabelle 4

	2007	2008	2009	2010	2011
Familien und Einzelpersonen gesamt	88	90	113	109	104
Familien mit Kindern	22 (25 %)	33 (37 %)	41 (36 %)	50 (46 %)	48 (46 %)

Die Anzahl der Familien mit Kindern, die zur Beratung kamen, stieg kontinuierlich an.

Tabelle 5

	2007	2008	2009	2010	2011
Familien mit Kindern gesamt	22	33	41	50	48
Gesamtzahl der Kinder in diesen Familien	36	65	81	100	102

In den Familien leben mit leicht steigender Tendenz über die Jahre im Durchschnitt 2 Kinder.

Tabelle 6

	2007	2008	2009	2010	2011
Gesamtzahl betroffener Kinder	36	65	81	100	102
in Fam. mit prekärer Situation oder Arbeitslosigkeit	30 (83 %)	55 (85 %)	75 (93 %)	78 (78 %)	77 (76 %)

Immer höher wurde die Zahl der Kinder, die in Haushalten leben, die unsere Beratung nachfragten. Bei kontinuierlichem Anstieg waren es zuletzt 102 Kinder im Jahr 2011. Diese Kinder leben zum größten Teil (76 %) in Familien mit prekärer Lebenssituation oder Arbeitslosigkeit.

Tabelle 7

	2007	2008	2009	2010	2011
Kinder aus Fam. mit prekärer Lebenssituation oder Alo	30	55	75	78	77
davon aus Quartier 1 und 2	19 (63 %)	35 (64 %)	43 (57 %)	41 (53 %)	46 (60 %)

Weit über die Hälfte dieser Kinder lebt in den Quartieren 1 und 2.

Viele der von Armut betroffenen Familien nutzen nicht nur unser Angebot der Beratung, sondern nehmen mit ihren Kindern auch an anderen Angeboten der Gemeinwesenarbeit teil. Für diese Kinder bedeutet die Armut ihrer Familien eine wesentliche Beeinträchtigung.

Sie sind selbst nicht in der Lage, sich gegen Armut zu schützen, sondern sind davon abhängig, dass in ihren Familien Lebensbedingungen herrschen, die sie gegen Belastungen schützen. Familienarmut ist immer auch Kinderarmut. In Friedrichsthal sind lt. den Ergebnissen des vorliegenden Sozialberichtes 269 Kinder im Alter von 0 – 14 Jahren von Armut betroffen.

Kinder- und Jugendarmut ist also nicht nur im Saarland sondern auch in Friedrichsthal ein Riesenproblem. Dies zeigen die Ergebnisse des vorliegenden Sozialberichtes und die oben genannten Ergebnisse unserer Erhebung aus der Sozialberatung.

Im Saarland erhielten 2010 15 % aller minderjährigen Kinder Hartz-IV-Leistungen, während in Westdeutschland „nur“ 12,5 % davon betroffen waren. In Friedrichsthal lebten 2011 rund 22 % aller Kinder im Alter von 0 – 14 Jahren von Hartz-IV-Leistungen

Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Kinder, sondern beeinflusst auch weitere wesentliche Lebensbereiche, z.B. die Wohnsituation, die Möglichkeit der Teilhabe und Integration, die Bildung sowie die allgemeine Lebenszufriedenheit.

Kinder und Jugendliche, die ein Armutsrisiko aufweisen, leben z.B. in kleineren Wohnungen als Kinder ohne Armutsrisiko. Arme Kinder und ihre Familien haben pro Familienmitglied 25 qm zu Verfügung, während der saarländische Durchschnitt bei 32 qm liegt. Arme Familien in Friedrichsthal haben wesentlich weniger Wohnraum zur Verfügung. Eine Familie mit 3 Kindern, die Hartz-IV bezieht, kann sich eine Wohnung von ca. 90qm leisten. Zudem haben sie noch das Problem, dass sie kaum angemessene Wohnungen zu einem für sie bezahlbaren Mietpreis finden.

Von uns 2011 befragte Institutionen in Friedrichsthal, haben ebenfalls festgestellt, dass arme Menschen oft in schlechten Wohngebieten und /oder in Häusern mit minderer Wohnqualität leben. 60 % der armen Kinder, deren Familien von uns 2011 beraten wurden, lebten in den Quartieren 1 und 2. Ihre Wohnungen sind besonders häufig beengt und die Familienmitglieder haben dadurch weniger Privatsphäre.

Arme Kindern sind auch im Bereich Bildung deutlich benachteiligt, denn der Geldbeutel der Eltern hat oft mehr Einfluss auf die Schulkarriere der Kinder als die Bildung der Eltern. Die Kopplung von sozialer Herkunft und geringen Gymnasialchancen ist im Saarland am größten. Akademikerkinder haben eine 4,5 mal größere Gymnasialchance.

Während z.B. aus Ensheim 68 % der Grundschüler/innen aufs Gymnasium gehen, sind es in Städten und Stadtteilen mit vielen armen Kindern deutlich weniger, in Friedrichsthal z.B. nur 32 %.

Die Studie zur Kinderarmut im Saarland hat deutlich gemacht, dass 70 % der Kinder aus unbelastender Lebenssituation Mitglied in einem Verein sind, von den Kindern aus belastender Situation sind es nur knapp 50 %.

Für Kinder ist es besonders tragisch, dass sie aufgrund der finanziellen und materiellen Situation ihrer Familien häufig ausgegrenzt sind. Die von uns 2011 befragten Friedrichsthaler Institutionen haben festgestellt, dass arme Kinder an gemeinsamen Veranstaltungen in Schule und Kindergarten seltener teilnehmen, weniger Zugang zu Sportvereinen oder anderen kulturellen Veranstaltungen haben, z.B. Geburtstage nicht mit Freund/innen feiern können, Freizeit- und Urlaubsaktivitäten zu teuer für sie sind und die Kinder nur selten über ihr eigenes Wohngebiet hinaus gelangen. Dies führt dazu, dass arme Familien sich häufiger zurückziehen und sozial stigmatisiert und ausgegrenzt sind.

Auch bezüglich der Besitztümer der Kinder und Jugendlichen gibt es deutliche Unterschiede.

Kinder aus unbelastender Lebenssituation haben häufiger ein Fahrrad (+ 12,1 %) einen eigenen PC (+ 10 %) oder ein eigenes Zimmer (+ 14 %)

Kinder und Jugendlichen sind dadurch einer Art „Mithaltstress“ in ihrer Gleichaltrigengruppe ausgesetzt, um die Konsumstandards zu erfüllen. Aufgrund fehlender Statussymbole kann es schnell zur sozialen Exclusion kommen.

Um Kinder- und Jugendarmut auch in Friedrichsthal zu bekämpfen, muss die Armut der Eltern bekämpft werden. Alle Maßnahmen, die Arbeit mit ausreichender Entlohnung für die Eltern schaffen, sind dazu geeignet, die Armut von Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen.

Seit Jahren arbeiten wir bereits gezielt mit dem System Familie. Wir erreichen in der Beratung und in anderen Arbeitsbereichen damit bisher regelmäßig ca. 60 Familien mit ca. 120 Kindern. Die meisten dieser Familien liegen mit ihrem Einkommen unter der Armutsgrenze und erhalten zum Teil trotz Arbeit ergänzende Sozialleistungen.

Unsere Sozialberatung ist stark vernetzt mit anderen Arbeitsbereichen der Gemeinwesenarbeit.

Wer sich z.B. bei der Beratung angenommen gefühlt hat, schickt seine Kinder auch zu Aktionen der Kinder- und Jugend-Arbeit, nimmt an sonstigen Aktionen der GWA teil oder wird selber bei einer Aktion aktiv. Umgekehrt lernen manche Eltern uns erst durch Angebote der Kinder- und Jugend-Arbeit kennen und erfahren so, dass wir auch Beratung anbieten.

Wir sehen Probleme, die in der Beratung an uns herangetragen werden, nicht nur aus der individuellen Perspektive des Betroffenen, sondern haben auch immer im Blick, ob Probleme strukturell bedingt sind oder gehäuft auftreten.

2.2 Wohnungssituation im Raum Friedrichsthal

In unserer Beratungsstelle wurden wir im Jahr 2011 immer öfter von Ratsuchenden, die Arbeitslosengeld II beziehen, darauf angesprochen, dass sie nur schwer Wohnungen finden, deren Kosten vom Jobcenter anerkannt werden. Aus diesem Grund haben wir vom 6. April bis zum 6. Juni 2011 (3 Monate) alle Wohnungsangebote in der Saarbrücker Zeitung, im Wochenspiegel und in „die Woch“ in Friedrichsthal und Altenwald daraufhin untersucht, ob Hartz-IV-EmpfängerInnen diese anmieten können und ob die volle Miete vom Jobcenter übernommen wird.

Im genannten Zeitraum wurden 83 Wohnungen in Friedrichsthal/Bildstock/Altenwald angeboten. Nur etwas mehr als die Hälfte dieser angebotenen Wohnung waren für Bezieher von Arbeitslosengeld-II geeignet.

Bei der Zuordnung der Wohnungen zu einer bestimmten Personenzahl bzw. zu einer Familienkonstellation sind wir von folgenden Bedingungen ausgegangen:

- Eltern bzw. alleinerziehende Elternteile haben ein eigenes Schlafzimmer und schlafen nicht im Wohnzimmer, d.h, eine Alleinerziehende oder ein Paar mit 1 Kind, brauchen auf jeden Fall 3 ZKB.
- 2 kleinere Kinder brauchen nur 1 Schlafzimmer, auch wenn sie verschiedengeschlechtlich sind,
- Kinder ab 10 brauchen ein eigenes Schlafzimmer, besonders wenn sie verschiedengeschlechtlich sind,
- Wir haben als angemessene Mietpreise die Beträge angenommen, die vom Jobcenter zurzeit noch anerkannt werden und die 10 % über den Richtlinien des Regionalverbandes liegen. Dass diese günstigere Regelung weiterhin angewandt wird, ist jedoch unwahrscheinlich. Wir rechnen damit, dass die anerkannten Mieten ab Sommer niedriger liegen als noch im Untersuchungszeitraum.
- Bei der angemessenen Wohnungsgröße haben wir uns an den Vorgaben orientiert, die bis vor Kurzem vom Jobcenter/ Sozialamt als angemessen anerkannt wurden:
- 45 qm für 1 Person
- 60 qm für 2 Personen
- Plus 10 qm für jede weitere Person

Unsere Untersuchung hat folgendes ergeben:

<i>Wohnung geeignet für :</i>	<i>Angebotene Wohnungen gesamt</i>	<i>Mietpreis von....bis</i>	<i>vom Jobcenter anerkannter Mietpreis</i>	<i>geeignete Wohnungen</i>	<i>Geeignete Wohnungen in % von allen Angeboten</i>	<i>Ein-schrän-kung</i>	<i>Zuzahlung für Hartz-IV-Empfänger für ungeeignete Wohnungen</i>
Alleinstehende	35	180 - 430	250 €	9	26 %		5 - 250 € (Ø 73 €)
Alleinerz. + 1 Kind	28	290 - 520	297 €	4	14 %		3 - 223 € (Ø 65,20 €)
Paar bzw. 2 Personen	34	230 - 350	281 €	12	35 %		9 - 219 € (Ø 54,72 €)
Alleinerz. + 2 Kinder	33	320 - 520	368 €	13 (-3)	39 % bzw. 30 %	3 Whg. nur mit kl. Kindern	12 - 212 € (Ø 68,65 €)
Paar + 1 Kind	35	280 - 520	330 €	6	17 %		10 - 170 € (Ø 74,31 €)
Alleinerz. + 3 Kinder	6	320 - 600	424 €	3	50 %		26 - 176 € (Ø 119,33 €)
Paar + 2 Kinder	34	385 - 600	391 €	19 (-11)	56 % bzw. 24 %	11 Whg. nur mit kl. Kindern	9 - 209 € (Ø 71,26 €)
Alleinerz. + 4 Kinder	6	510 - 700	473 €	1	17 %		37 - 227 € (Ø 134,40 €)
Paar + 3 Kinder	8	390 - 600	435 €	1	13 %		15 - 265 € (Ø 134,28 €)

Deutlich wird durch die Untersuchung, dass es für große Familien mit 3 oder mehr Kindern sowie für Alleinerziehende mit 1 Kind nur relativ wenig angemessene Wohnungen gibt. Im Untersuchungszeitraum waren es lediglich 1 – 3 geeignete Wohnungen für große Familien im Hartz-IV-Bezug. Für Alleinerziehende mit einem Kind gab es zwar 28 Wohnungen, von denen waren jedoch nur 4 für Hartz-IV-EmpfängerInnen geeignet. Der Druck, eine nicht angemessene Wohnung anzumieten, ist dadurch sehr hoch. Große Familien mussten in diesen Fällen eine relativ hohe Zuzahlung von durchschnittlich 120 € bis 134 € leisten.

Für Alleinerziehende mit 1 Kind war bei Anmietung einer anderen Wohnung eine Zuzahlung von durchschnittlich 65,20 € nötig.

Bereits in der Sozialstudie Saar aus dem Jahr 2010 wurde festgestellt, dass arme Menschen im Bereich Wohnen benachteiligt sind, wenn auch im Saarland bei weitem nicht so sehr wie im Bundesgebiet. Sie haben weniger Wohnraum, leben in weniger guten Wohngebieten und müssen gemessen am Einkommen mehr fürs Wohnen ausgeben.

III. Jugendhilfe

Jugendamt im Regionalverband

Der Soziale Dienst des Jugendamtes hat die Aufgabe, Eltern und andere Erziehungsberechtigte in der Erziehung zu beraten und zu unterstützen und Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen.

Rechtliche Grundlage mit der Festlegung der konkreten Leistungen, Aufgaben und Verpflichtungen im Kinderschutz ist das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII).

Mit der Einführung des § 8 a SGB VIII im September 2005 wird der Kinderschutz vom Gesetzgeber besonders groß geschrieben. Dem Jugendamt kommt hierbei ein besonderer Schutzauftrag zu.

Mitteilungen über Kindeswohlgefährdung z.B. von der Polizei, über Familienangehörige, Nachbarn, Schulen, Kindergärten usw. erreichten das Jugendamt im Bereich Friedrichsthal im Jahr 2011 in 41 Fällen. In 10 Fällen wurde daraufhin eine Inobhutnahme (vorläufige Schutzmaßnahme) ausgesprochen. Wenn Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage sind, die Gefährdung für ihr Kind abzuwenden bzw. die erforderlichen Hilfen anzunehmen, ist vom Jugendamt der Kinderschutz sicherzustellen. Der Soziale Dienst ist in Fällen akuter Gefährdung berechtigt und verpflichtet, Kinder in Obhut zu nehmen. Über eine Trennung von Eltern und Kind auf Dauer entscheidet aber das Familiengericht.

Trotz dieses besonderen gesetzlichen Schutzauftrages stehen allerdings Beratung, Unterstützung und Hilfe für Kinder, Familien und junge Erwachsene durch das Jugendamt nach wie vor im Vordergrund.

Die Diplom-SozialarbeiterInnen bzw. SozialpädagogInnen des Sozialen Dienstes beraten und unterstützen bei erzieherischen Problemen und in Konfliktsituationen von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern.

Der Soziale Dienst leistet Hilfe zur Selbsthilfe, vermittelt Angebote im Stadtteil oder der Gemeinde und unterstützt im Bedarfsfall durch ambulante, teilstationäre und vollstationäre Hilfen. Er hat im Regionalverband Saarbrücken insgesamt 80 MitarbeiterInnen.

Die Abteilung Sozialer Dienst ist in sechs Regionen organisiert, Struktur und Arbeitsweise sind unter anderem gekennzeichnet durch: Kontakte finden je nach Vereinbarung entweder im Rahmen von Hausbesuchen oder im SozialarbeiterIn-Büro statt.

Für den Bereich Dudweiler, Sulzbach und Friedrichsthal ist der Sozialen Dienstes des Regionalverbandsjugendamtes Saarbrücken (Großbezirk 5) zuständig und befindet sich in der Außenstelle in der St. Ingberter Str. 12 in Dudweiler. Von den 9 Sozialarbeiter/innen sind 2 Mitarbeiterinnen für Friedrichsthal zuständig.

Die Sozialarbeiter/innen des Jugendamtes haben im Jahr eine große Anzahl von **Beratungen bei erzieherischen Problemen und in Konfliktsituationen** von Eltern und ihren Kindern durchgeführt.

Längerfristige, zeitintensive Beratungen finden als Ambulante Hilfen in Form von Erziehungsbeistandschaft, Sozialpädagogischer Familienhilfe oder Ambulante Erziehungshilfe statt. Erziehungsbeistandschaft und Sozialpädagogische Familienhilfe werden für Friedrichsthal durch Fachkräfte des Familienzentrums des Diakonischen Werks in Dudweiler oder der Lebenshilfe Sulzbach-/

Fischbachtal sowie durch Fachkräfte der Partnerschaftlichen Erziehungshilfe in Fischbach durchgeführt.

Unterstützt werden Kinder, Jugendliche und Erziehungsberechtigte bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen unter Einbeziehung des sozialen Umfeldes.

Sie werden unterstützt durch intensive Betreuung und Begleitung in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen. 27 Ambulante Hilfen wurden im Jahr 2011 in Friedrichsthal eingerichtet.

Teilstationäre Hilfen finden in Tagesgruppen statt, für den Sozialraum des Großbezirkes 5 durch die Partnerschaftliche Erziehungshilfe und das Diakonische Werk. Hilfe zur Erziehung in einer Tagesgruppe soll die Entwicklung von Kindern oder Jugendlichen durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützen und dadurch den Verbleib des Kindes oder des Jugendlichen in seiner Familie sichern.

Hilfe zur Erziehung in einer Einrichtung über Tag und Nacht (Heimerziehung) oder in einer sonstigen betreuten Wohnform soll Kinder und Jugendliche durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten in ihrer Entwicklung fördern.

Entsprechend den Möglichkeiten der Verbesserung der Erziehungsbedingungen der Herkunftsfamilie soll entweder eine Rückkehr in die Familie zu erreichen versucht werden oder die Hilfe ist eine auf Dauer angelegte Lebensform und bereitet die Verselbständigung des Jugendlichen vor.

Hilfe zur Erziehung in Pflegefamilien wird insbesondere bei kleineren Kindern gewährt als unterstützende Hilfe, bis die Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie verbessert sind oder als auf Dauer angelegte Hilfeform.

Insgesamt 41 Voll- und Teilstationäre Hilfen waren 2011 in Friedrichsthal eingerichtet.

„Familiengerichtshilfe“

Die Diplom-SozialarbeiterInnen bzw. SozialpädagogInnen des Sozialen Dienstes beraten in Fragen der Trennung und Scheidung hinsichtlich des Sorge- und Umgangsrechtes. Sie wirken in Verfahren, die Kinder und Jugendliche betreffen, vor dem Familiengericht mit.

Ein **spezielles Hilfsangebot** des Sozialen Dienstes ist die Jugendgerichtshilfe mit Sitz in Saarbrücken. Sie unterstützt und begleitet junge Menschen (14 bis 20 Jahre) im Jugendstrafverfahren. Von der Sozialarbeiterin werden jährlich in Friedrichsthal ca. 40-50 Jugendliche und junge Heranwachsende vor, während und nach einem Strafverfahren betreut und begleitet. Hierbei steht der Erziehungsgedanke im Vordergrund und in Kooperation mit Polizei, Justiz und freien Trägern wird versucht weitere Kriminalität zu verhindern. Erziehung statt Strafe zahlt sich hierbei aus, denn wie überall ist die Jugendkriminalität in Friedrichsthal gekennzeichnet durch vorwiegende Bagatelldelikte und ihrer Episodenhaftigkeit und unterscheidet sich somit nicht von anderen Städten und Gemeinden.

Die Vernetzung im Sozialraum wird beim Sozialen Dienst des Jugendamtes nach wie vor groß geschrieben. Neben den Jugendamtsinternen Kooperationspartnern wie Jugendzentren, „Frühe Hilfen“, Netzwerk Erziehung u.a. sind dies im Raum Friedrichsthal hauptsächlich das GWA-Projekt, aber auch Schulen, Kindergärten, Jobcenter, freie Träger der Jugendhilfe und andre Institutionen.

IV. Übergänge

von der Grundschule auf weiterführende Schulen

Am Ende der vierten Jahrgangsstufe der Grundschule wird im Saarland, wie in den meisten anderen Bundesländern, die Entscheidung über die weitere schulische Laufbahn der Kinder getroffen. Mit der Freigabe des Elternwillens spricht die Grundschule zwar weiterhin eine Schulformempfehlung aus, die für die Eltern jedoch keinen verbindlichen Charakter mehr hat. Inwieweit dieser Umstand sowie die Einführung der neuen Schulform der Gemeinschaftsschule das künftige Geschehen am Übergang in die weiterführenden Schulen beeinflussen und verändern wird, ist zur Zeit noch nicht abzusehen.

Betrachtet man die Gesamtheit der Übergänge in die Klassenstufe 5 der weiterführenden Schulen nach Schulformen, so zeigen sich im Schuljahr 2010/2011 für den Regionalverband leichte Abweichungen vom saarländischen Durchschnitt, die vor allem in der höheren Frequentierung der Gesamtschulen begründet sind (vgl. Tab. 13).

<i>Übergang in Klassenstufe 5</i>	<i>Saarland</i>	<i>Regionalverband Saarbrücken</i>	<i>Abweichung</i>
Gymnasium	41,9	39,7	- 2,2
Gesamtschule	21,7	26,9	+ 5,2
Erw. Realschule	34,9	31,8	- 3,1
Freie Waldorfschule	1,4	1,7	+ 0,3
N = 8.422			

Quelle: Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen

Mädchen haben dabei insgesamt deutlich höhere Bildungschancen als Jungen. Ihr Anteil an den Übergängen in das Gymnasium liegt im Regionalverband knapp 5 Prozentpunkte über dem ihrer männlichen Gleichaltrigen.

Bezogen auf die Kommunen des Regionalverbandes zeigt sich, dass Kinder, die in Völklingen wohnen, mit Abstand die geringsten Chancen auf einen Übergang in das Gymnasium haben. Die größten Chancen haben demgegenüber Kinder mit Wohnsitz in Riegelsberg (vgl. Tab. 14). Der negative Zusammenhang zwischen dem Bezug von SGB II und der Wahrscheinlichkeit des Übergangs in ein Gymnasium ist statistisch hoch signifikant.

<i>Stadt / Gemeinde</i>	<i>Übergang in Klassenstufe 5</i>			
	Gymnasium	Gesamtschule	Erw. Realschule	Freie Waldorfschule
Riegelsberg	54,9	36,9	8,2	-
Heusweiler	44,3	11,4	43,6	0,7
Saarbrücken	41,4	35,8	20,3	2,5
Püttlingen	39,7	9,6	47,4	3,2
Kleinblittersdorf	39,1	8,7	50,0	2,2
Sulzbach	38,6	23,5	37,1	0,8
Quierschied	37,4	7,1	55,6	-
Friedrichsthal	32,0	21,5	46,3	0,3
Großrosseln	31,1	18,0	50,8	-
Völklingen	26,9	19,2	53,8	-
N = 2.484				

Quelle: Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen

Dies zeigt sich auch bei einer differenzierten Betrachtung der Landeshauptstadt Saarbrücken nach ihren einzelnen Stadtteilen. Der Gymnasialübertritt variiert nach einzelnen Stadtteilen zwischen 13,0% im Stadtteil Burbach und 68,2% im Stadtteil Ensheim.

V. Die Gestaltung

zentraler Lebensbedingungen durch arme Familien

Das soziale Problem Armut ist weltweit verbreitet und unterscheidet sich in vielfältiger Weise. Armut stellt in unserer Region ein anderes Erscheinungsbild dar, als beispielsweise die Armut in der „dritten Welt“. Dennoch beeinflusst sie auch in Deutschland zentrale Lebensbedingungen von Menschen. Nach Ansicht der Autorinnen zählen zu zentralen Lebensbedingungen zum Beispiel Wohnqualität, Ernährung, Kleidung, Freizeit, Bildung, Beruf und Soziale Kontakte. In dem vorliegenden Projektbericht stehen die drei Lebensbedingungen Bildung, Freizeit und Wohnqualität im Fokus.

Das Interesse an diesem Thema wurde durch den Forschungsbericht des vorangegangenen Semesters geweckt (vgl. Gemeinwesenarbeit Friedrichsthal 2011). Dieser beinhaltet schwerpunktmäßig die Einschätzungen von Fachkräften unterschiedlicher Institutionen zum Thema Armut. In der vorliegenden Studie wird die Lebensgestaltung von Betroffenen, im Kontext der ausgewählten drei Lebensbereiche, analysiert. Durch die Gemeinwesenarbeit Friedrichsthal konnte ein Zugang zu den betroffenen Familien erfolgen.

Die Studentinnen führten vier leitfadengestützte Interviews mit zwei Müttern und deren Kindern durch, dabei wurde sich an der Forschungsfrage: „Wie gestalten arme Familien zentrale Lebensbedingungen?“ orientiert. Konstitutiv für die vorliegende Forschung ist das Erleben der Betroffenen in Bezug auf die Lebensbereiche Bildung, Freizeit und Wohnqualität. In Zusammenarbeit mit der Gemeinwesenarbeit Friedrichsthal wurde, zur besseren Vergleichbarkeit der Ergebnisse, an die methodische Vorgehensweise der vorangegangenen Forschung angeknüpft. Das leitfadengestützte Interview wurde gewählt, um gezielt auf die ausgewählten Lebensbereiche eingehen zu können.

Die Durchführungen der Interviews und der Beobachtungen wurden zwischen den Forschenden aufgeteilt. Die durch das Interview gesammelten Daten wurden mittels Tonbandgerät aufgezeichnet und im Nachgang transkribiert.

Die Transkriptionen wurden in Anlehnung an die TiQ- Methode durchgeführt und die erhobenen Daten in Anlehnung an die Grounded Theory ausgewertet.

Folgende Fragen waren für die Studentinnen zentral: Erfahren Familien, die sich in einer prekären finanziellen Lage befinden, Einbußen? Welche Strategien finden Anwendung, um einen eventuell vorliegenden Verzicht auszugleichen? Die Studentinnen versuchen mit Hilfe der gewonnenen Daten eine Antwort auf diese Fragen zu finden.

Der Bericht gliedert sich wie folgt:

Zunächst werden die Begriffsbestimmungen und unterschiedlichen Erscheinungsformen von Armut in komprimierter Form, sowie das methodische Vorgehen in Anlehnung an die Grounded Theory dargestellt. Zur Wahrung der Anonymität der InterviewpartnerInnen, wurde der Ergebnisteil stark gekürzt. Abschließend werden die gewonnenen Erkenntnisse im Fazit zusammengefasst.

5.1 Unterschiedliche Typen und neuere Erscheinungsformen von Armut

5.1.1 Relative und absolute Armut

Aus sozialpolitischer Perspektive kann Armut nach Hauser in „absolute“ und „relative Armut“ unterschieden werden. Eine absolute Armut liegt dann vor, wenn lebensnotwendige Dinge, wie Ernährung, Wasser, Bekleidung, Unterkunft, aber auch eine medizinische Versorgung, nicht hinreichend verfügbar sind bzw. nicht organisiert werden (vgl. Butterwegge, S. 18). Das „physische Existenzminimum [wird] unterschritten“ und das für das Überleben notwendige „Mindestversorgungsniveau“ (Hauser, S. 21) ist nicht gegeben. Der vor allem, über eine längere Zeit andauernde, Mangelzustand kann schließlich zum Tode führen.

Eine relative Armut besteht, wenn „der Lebensstandard und die Lebensbedingungen von Menschen zu weit unter dem durchschnittlichen Lebensstandard und den durchschnittlichen Lebensbedingungen in einem Land liegen“ (Butterwegge, S. 19). In diesem Konzept richtet sich der Fokus auf die ungleiche Verteilung der Einkommen. Die soziale Ungleichheit wird anhand eines mittleren Einkommensniveaus berechnet, indem geringere Einkommenslagen mit diesem Wert verglichen werden (vgl. Engels et al., S. 3). Bei der relativen Armut steht die Teilhabe an der Gesellschaft im Zentrum. Hauser spricht von einem „soziokulturelle[n] Existenzminimum“ (Hauser, S. 22), welches nicht erreicht wird. Den betroffenen Personen ist es nicht möglich, ausreichend an dem gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, was zu einer sozialen Ausgrenzung führen kann.

Absolute Armut beruht auf der mangelnden Fähigkeit eines Individuums zur Selbsterhaltung. Das Augenmerk bei der relativen Armut liegt weniger auf dem physischen, sondern eher auf dem soziokulturellen Existenzminimum.

5.1.2 Unterschiedliche Armutsgrenzen

Die Identifikation von Armut betroffener Personen ist schwierig, da Armut mannigfache, auch nicht-monetäre Faktoren, einschließt. In Europa dient das Einkommen als Grundlage zur Berechnung der Armutsgrenzen. Dieser Beschluss wurde im Jahr 2001 vom Europäischen Rat verabschiedet. Die seit 2005 „EU-weit vergleichbare Statistik [Leben in Europa] über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung in der Europäischen Union (EU-SLIC)“ (Deckl, S. 74) liefert hierzu nähere Informationen.

Die relative Armutsgrenze in Europa wird zumeist mit 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens angegeben. Wer unter die Grenze von 40% fällt, wird als arm klassifiziert. Die Armutgefährdungsgrenze liegt bei 60% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens, doch spricht man schon ab einer Marke von 70% von prekärem Wohlstand. Prekarität bedeutet in diesem Zusammenhang „eine Art sozialen Schwebestadium zwischen Armut und Wohlstand“ (Butterwegge, S. 25).

5.1.3 Die Lebenslagendefinition

Es geht hier um eine individuelle Betrachtung der Menschen. Im Mittelpunkt steht dabei die tatsächliche Situation der Menschen. Diese Vorgehensweise beinhaltet unter anderem eine genaue Betrachtung

des Ernährungszustandes
der zur Verfügung stehenden Bekleidung
der Wohnsituation
der Möglichkeit zur Mobilität
des Wohlbefindens
der Möglichkeiten zur Körperhygiene
der kommunikativen Fähigkeiten
des Bildungsniveaus
der Informationsmöglichkeit sowie
der Teilhabe an der Gesellschaft (vgl. Hauser, S. 21).

Das Zentrum des Lebenslagenansatzes bildet die mehrdimensionale Betrachtung der Lebenswelt von Personen. Die Mehrdimensionalität bezieht sich auf monetäre und nicht-monetäre Mittel. Bei genauerer Betrachtung wird die wechselseitige Beeinflussung der finanziellen Lage und die der oben genannten Lebensumstände deutlich (vgl. Engels u.a., S. 5). Der Lebenslagenansatz kann somit nicht als ein komplett gegensätzliches Konzept zu dem Ressourcenansatz gesehen werden, da hier beide Aspekte, die Lebenswelt und die finanzielle Lage, von Bedeutung sind. Dem Einkommen wird eine tragende Rolle bei der „Konstituierung von Lebenslagen eingeräumt (...) [da die] tatsächlich gegebene Versorgungslage“ (Voges, S. 35) der betroffenen Menschen in den unterschiedlichen Lebensdimensionen wesentlich ist.

Die Studierenden nehmen diese Vorgehensweise als Grundlage für den vorliegenden Studienprojektbericht. In Anbetracht der zu erwarteten umfangreichen Ergebnisse wird der Fokus auf drei ausgewählte Dimensionen gerichtet, nämlich auf die der Wohnqualität, der Bildung sowie der Teilhabe an der Gesellschaft durch Freizeitaktivitäten.

5.2 Auswertungsverfahren in Anlehnung an die Grounded Theory

Bei der Anwendung der Grounded Theory liegt der Fokus nicht auf der Erhebungsform der Daten, sondern auf dem „Sampling“ (Stichprobe) und der Theoriebildung. Bereits bei der ersten Erhebung und Auswertung von Daten sollen Hypothesen gebildet werden, die bei der Erhebung und Auswertung von neuem Material überprüft und weiter entwickelt werden. Das Material wird während des gesamten Forschungsprozesses immer wieder verglichen. Bei der Anwendung der Grounded Theory werden Induktion und Deduktion miteinander verknüpft, die Bildung von Hypothesen aus den bereits gewonnenen Daten und die erneute Datenerhebung aufgrund der generierten Theorie und deren Überprüfung, wechseln sich ab (vgl. Przyborski u.a., S. 189ff.). Induktion bedeutet, dass vom Einzelnen auf das Allgemeine geschlossen wird, Deduktion besagt, dass das Besondere aus dem Allgemeinen abgeleitet wird (vgl. Müller, S. 74, 140).

Wesentlich für das Auswertungsverfahren nach der Grounded Theory ist der Wechselprozess von Datenerhebung und Auswertung. Aus zeitlichen Gründen konnten die Forscher, bei der vorliegenden Studie, den Wechselprozess von Datenerhebung und Auswertung nicht einhalten, es wurde sich bei der Analyse jedoch stark an der Grounded Theory orientiert. Bei der Auswertung wurde das Material in Abschnitte unterteilt und auf mögliche Phänomene untersucht, sowie Konzepte, Kategorien und Schlüsselkategorien gebildet. Im Verlauf der Analyse konnten ähnliche Kategorien gefunden werden oder bereits gebildete Kategorien wurden wieder verworfen.

5.3 Ergebnisse der Untersuchung

Aus den Befragungen konnte, in Bezug auf die Frage „Wie gestalten arme Familien zentrale Lebensbedingungen?“, folgende Ergebnisse abgeleitet werden:

5.3.1 Lebensbereich Bildung

„Die mache in da Betreuung ihr Hausaufgawe, also wenn die hemmkomme hann die alles fertig. Hausaufgabe, jo.“

„Un dass es meine Kinner vor alle Dinge besser geht. dass die was erreiche in ihrem Läwe un, dass es dene besser geht. un dene ihre Kinner halt.“

Der berufliche Werdegang der Kinder scheint von familiärer oder institutioneller Förderung abhängig zu sein. In den Familien scheinen eine gesicherte berufliche Positionierung der Kinder, damit verbunden eine gute schulische Bildung, und deren Teilhabe an der Gesellschaft eine wichtige Rolle einzunehmen. Um dies zu gewährleisten wird beispielsweise auf institutionelle Unterstützung in Form von einer Hausaufgabenbetreuung zurückgegriffen. Durch die professionelle Hilfe ist eine Unterstützung bei der Erledigung der Hausaufgaben gewährleistet, die die Eltern eventuell nicht leisten könnten. Es entstand der Eindruck, dass die Eltern sich heute eine eigene abgeschlossene berufliche Laufbahn wünschen und damit eine finanzielle Unabhängigkeit von Institutionen verbinden. Es scheint ihnen daher sehr wichtig zu sein, dass ihre eigenen Kinder einer beruflichen Karriere nachgehen, damit es ihnen in ihrem späteren Leben einmal besser geht. Auch bei den Kindern sind Bildung und berufliche Laufbahn ein Thema. Beide haben Vorstellungen wie ihre berufliche Zukunft aussehen könnte. Aufgrund des Altersunterschiedes der Probanden nimmt das Thema Schule einen unterschiedlichen Stellenwert im Alltag ein.

5.3.2 Lebensbereich Freizeit

„Mir gehen vill do no, an die Uni do, in denne Kletterpark do ware ma jetzt schon.“

„Jo un äh mei Tochter geht dann immer runner bei ihr Freundinne spiele, jo, un ich hann dann meischdens, sag ich mol, Langeweile, weil mei Ältschder is 18, mei Mittlerschder 14 un die sinn naderlich dann immer draus, jo.“

„Und dann macht die Mama mit uns irgendwas, zum Beispiel wannere geh'n oder ins Flip geh'n.“

Im Lebensbereich Freizeit scheint die familiäre Unterstützung zentral zu sein, inwieweit kostenintensive Freizeitaktivitäten wahrgenommen werden können. Ebenso spielt das nachbarschaftliche Netzwerk eine Rolle, beispielsweise in Bezug auf die Mobilität. Ein Unterschied bei der Gestaltung des Lebensbereichs Freizeit stellt z.B. die eigene Kreativität, organisatorisches Talent oder die Fähigkeit Informationen zu beschaffen (auch in Bezug auf finanzielle Unterstützung) dar. Die Gestaltung des Lebensbereichs Freizeit hängt außerdem von der Wahrnehmung von institutionellen Unterstützungsmöglichkeiten oder Freizeitangeboten, wie beispielsweise die der Gemeinwesenarbeit ab.

Bei beiden Familien zeigte sich, dass die Freizeit in großem Maße mit den Kindern verbracht wird und die Freizeitgestaltung von den Wünschen der Kinder abhängig ist. Die Eltern scheinen kaum Aktivitäten für sich selbst innerhalb ihrer Freizeit einzuplanen, sondern versuchen möglichst viel Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Es entstand sogar der Eindruck, dass eine gewisse Langeweile entsteht, wenn die freie Zeit nicht mit den Kindern verbracht werden kann. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung scheint für die Eltern eine große Rolle zu spielen, da beide, trotz der finanziell

prekären Lage, ihren Kindern ermöglichen einen Verein zu besuchen und sie sogar versuchen zu einem Vereinsbeitritt zu animieren. Auch bei dem Lebensbereich Freizeit musste der Altersunterschied der beiden jugendlichen Probanden berücksichtigt werden. Die jüngere Probandin verbringt ihre Freizeit viel mit Freunden, den Geschwistern und der Mutter und es entstand der Eindruck, dass sie in Bezug auf die Gestaltung ihrer freien Zeit kreativ ist. Sie nutzt ihr soziales Netzwerk, die vorhandenen Spielsachen und scheint viel Zeit im Freien zu verbringen. Durch die Familie und Kontakte der Eltern scheint sie auch die Möglichkeit zu besitzen, an zahlreichen kostenintensiven Freizeitaktivitäten teilzunehmen.

Der ältere Proband scheint aufgrund seines Alters nicht mehr viel Zeit mit seinen Eltern zu verbringen. Jedoch nannte auch er Freizeitaktivitäten, die ihn stark zu interessieren scheinen. Es scheint jedoch, dass er nicht jedem seiner genannten Hobbys nachgehen kann. Es wird davon ausgegangen, dass diese Hobbys aus finanziellen Gründen nicht ausgeübt werden können.

5.3.3 Lebensbereich Wohnqualität

„Jo, das is korrekt. hann e großer Garde, Swimmingpool, Trampolin, hann se alles, jo. Awwa do die Gegend is in Ordnung. Ich hann jo 14 Jahr (...) gewohnt und do is das schon e bissje ruhiger gegenüber von (...).“

„Jo es is halt viel zu repariere. Wo die Vermieterin sagt wo mir ingezoh sin, gar nix gemacht hat. wo se immer gesaht hat, sie kommt, sie kommt. Der Boden ach. Sie sieh'n es jo dort, hat mei Mann misse flicke, do war e richdisches Loch drin.“

„Jo. Awwa so sag ich mol wohne ma relativ gudd do. Do könne die Kinner schön spiele, brauch ma net uffzupasse, dass ein Auto kommt oder dass se mir iwufahr genn. Es is schon, ma hat sie ach im Au. Es ist schon schön, nur halt die Miet is teuer.“

„Do würd ich mir direkt e Haus kaafe. (...) Och, irgendwo, wo's ruhig is, wo weit und breit kenner wohnt, ja, ja.“

Die Gestaltung des Lebensbereichs Wohnqualität scheint von der eigenen Kreativität und der Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten trotz eines beengten Wohnraumes und eingeschränkten finanziellen Mitteln abzuhängen. Es scheint außerdem ein Abwägen statt zu finden, beispielsweise ob den Kindern ein geschützter Raum zum Spielen geboten, oder eine Wohnung in einem gut renovierten Zustand bezogen wird. Die Bedürfnisse der Kinder scheinen bei beiden Familien Priorität zu haben. Gewisse Mängel scheinen von den Eltern für ausreichend Platz und eine ruhige Wohnlage, in der die Kinder relativ geschützt spielen und aufwachsen können, in Kauf genommen zu werden. Es konnte zwischen den Familien ein Unterschied in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Zustand der Wohnungen festgestellt werden. Zum einen konnte eine Zufriedenheit festgestellt werden in Bezug zu dem jetzigen Wohnumfeld und es kann angenommen werden, dass eine Verbesserung zum vorherigen Wohnumfeld stattgefunden hat. Die Beschaffenheit des Hauses und die Ausstattung wurden kaum benannt, was darauf schließen lässt, dass die Probanden einer Familie damit zufrieden sind.

Zum anderen stellte sich heraus, dass eine große Unzufriedenheit über den Zustand des Hauses vorherrscht und der Wunsch besteht, einige Veränderungen und Renovierungen durchzuführen. Es wird angenommen, dass die finanziell prekäre Lage den Probanden einer Familie es nicht erlaubt, größere Renovierungsarbeiten durchzuführen. Hier wird auf die Unterstützung der Vermieter gehofft, die jedoch auszubleiben scheint.

Die Elternteile beider Probandenfamilien gaben an, dass sie an einen abgeschiedenen Ort ziehen würden, wenn sie die Möglichkeit und die finanziellen Mittel dazu hätten. Trotz einer gewissen Zufriedenheit über das Wohnumfeld, scheint ein Neuanfang für beide wichtig zu sein.

5.4 Fazit und Ausblick

Die vorliegende Studie hat ergeben, dass Familien in prekären finanziellen Lagen zentrale Lebensbedingungen unterschiedlich gestalten. Die Forscherinnen kamen zu dem Ergebnis, dass die befragten Familien ähnliche Bildungskarrieren aufweisen. Hingegen ist in den Lebensbereichen Wohnqualität und Freizeit und im Umgang mit finanziellen Ressourcen ein Unterschied zu verzeichnen.

Wie nun die einzelnen Familienmitglieder mit der finanziell prekären Situation umgehen und auf welche Strategien zur Bewältigung zurückgegriffen wird, hängt unter anderem von der Resilienzentwicklung ab.

Unter den Begriff der Resilienz kann eine Fähigkeit gefasst werden, die es Menschen ermöglicht, schwierigen Lebensumständen zu begegnen und höchstwahrscheinlich daran „zu wachsen“. „Unter Resilienz wird die Fähigkeit von Menschen verstanden, Krisen im Lebenszyklus unter Rückgriff auf persönliche und sozial vermittelte Ressourcen zu meistern und als Anlass für Entwicklung zu nutzen“ (Welter-Enderlin, S. 13).

Da die Familie als eine der zentralen sozialisatorischen Instanzen zu sehen ist, hat sie bei der Resilienzentwicklung eine tragende Rolle inne. Zeigt das familiäre Gefüge Merkmale der Anpassungsfähigkeit und ein Zusammengehörigkeitsgefühl auf, so ist die Grundlage für eine individuelle Resilienzentwicklung gegeben. Diese Familiensolidarität konnte bei einigen Probanden eindeutig beobachtet werden. Zu den schützenden Eigenschaften im Kindesalter werden u.a. positives Temperament, Fähigkeit der Kommunikation, Problemlösestrategien, Intelligenz, schulische Leistungen, organisatorische Talente, Selbstbewusstsein, Phantasie, Begabungen, Hobbys, Empathie, Optimismus sowie Zielorientiertheit gezählt (vgl. Hildebrand, S. 21f).

Zahlreiche Studien belegen, so z.B. die Kauai-Studie (vgl. Werner/Smith), dass die persönliche Veranlagungen eines Menschen sowie die Möglichkeit des Rückgriffes auf soziale Unterstützungssysteme (z.B. innerhalb der Familie, der Nachbarschaft oder im Freundeskreis) gemeinsam zur Entwicklung von Resilienzen beitragen (vgl. Werner, S. 30).

Danksagung

Unser besonderer Dank gilt den InterviewpartnerInnen, ohne deren Mitarbeit vorliegender Forschungsprojekt nicht hätte geleistet werden können. Ebenso bedanken wir uns bei den MitarbeiterInnen der Gemeinwesenarbeit Friedrichsthal für ihre Unterstützung und die angenehme Zusammenarbeit. Dank gilt auch Frau Prof. Dr. Simone Odierna, die uns jederzeit mit Rat zur Seite stand.

Literatur

Butterwegge, Christoph (Hg.) (2009).

Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird.
Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Deckl, Silvia (2010).

Leben in Europa 2007 und 2008. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen.
Statistisches Bundesamt (Hg.), Wiesbaden.

Dietz, Berthold (1997).

Soziologie der Armut. Eine Einführung.
Frankfurt am Main/New York: Campus-Verlag.

Engels, Dietrich et al. (2009).

Sozialstudie Saar. Teilhabe und sozialer Zusammenhalt im Saarland.
Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (Hg.). Köln.

Fröhlich-Gildohoff, Klaus; Rönau-Böse Maike (Hg.) (2009).

Resilienz.
München Basel: Ernst Reinhardt Verlag.

Gemeinwesenarbeit Friedrichsthal (Hg.) (2011).

Armut - ein Thema auch für Familien in Friedrichsthal-
Situation armer Familien in Friedrichsthal aus Sicht der Institutionen. Saarbrücken.

Hauser, Richard (1997).

Armutsberichterstattung. In: Noll, Heinz-Herbert (Hg.). Sozialberichterstattung in Deutschland.
Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen.
Weinheim und München: Juventa Verlag. S. 19-46.

Hildebrand, Bruno (2006).

Resilienz in sozialwissenschaftlicher Perspektive. In: Welter-Enderlin, Rosmarie; Hildebrand, Bruno (Hg.). Resilienz-Gedeihen trotz widriger Umstände.
Heidelberg: Carl-Auer Verlag. S. 20-27.

Müller, C. Wolfgang (Hg.) (2009).

Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit.
5. Auflage. Weinheim München: Juventa Verlag.

Przyborski, A./Wohlrab-Sahr, M. (Hg.) (2008).

Qualitative Sozialforschung.
Ein Arbeitsbuch. München: Oldenburgverlag.

Voges, Wolfgang et al. (2003).

Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes. Endbericht. Bremen.
Online verfügbar unter: www.soziologie.uni-kiel.de/bergersozun/Voges_Lebenslagenansatz.pdf
(07.09.2011).

Welter-Enderlin, Rosmarie (2006).

Der therapeutische Blick auf Resilienz im Rahmen von Familie und Umwelt.

In: Welter-Enderlin, Rosmarie; Hildebrand, Bruno (Hg.). Resilienz-Gedeihen trotz widriger Umstände. Heidelberg: Carl-Auer Verlag. S. 7-19.

Welter-Enderlin, Rosmarie; Hildebrand, Bruno (Hg.) (2006).

Resilienz-Gedeihen trotz widriger Umstände.

Heidelberg: Carl-Auer Verlag.

Werner, Emmy E. (1999).

Entwicklung zwischen Risiko und Resilienz.

In: Opp, Günther; Fingerle Michael (Hg.).

Was Kinder stärkt. Erziehung zwischen Risiko und Resilienz.

3. Auflage. München/Basel: Ernst Rheinhardt Verlag . Ernst. S. 20-31.

Werner, Emmy E. (2006).

Wenn Menschen trotz widriger Umstände gedeihen – und was man daraus lernen kann.

In: Welter-Enderlin, Rosmarie; Hildebrand, Bruno (Hg.).

Resilienz-Gedeihen trotz widriger Umstände. Heidelberg: Carl-Auer Verlag. S. 28-42.

Werner, Emmy E.; Smith, Ruth S. (1992).

Overcoming the Odds. High Risk Children from Birth to Adulthood.

Ithaca, London: Cornell University Press

Herausgeber:

Bewohnervertretung Kolonieschacht
Caritas Gemeinwesenarbeit Friedrichsthal

Projektgruppe Sozialbericht 2012

Markus Arand, Fördergebietsbeauftragter Stadt Friedrichsthal
Volker Dorscheid, Elisabeth Junk: Bewohnervertretung Kolonieschacht
Lydia Fried, Ulrike Goebel, Werner Hubertus, Elisabeth Schindelhauer: Caritas GWA Friedrichsthal
Achim Ickler, Diplom-Soziologe

Verfasser:

Thomas Eggs, Regionalleiter Jugendamt des Regionalverbandes
Lydia Fried, Elisabeth Schindelhauer, Caritas GWA Friedrichsthal
Achim Ickler, Diplom-Soziologe
Martha Rosenkranz, Stabsstelle Bildungsmanagement des Regionalverbandes
Denise Steis, Eva Niederländer, Fachbereich Sozialwesen, HTW des Saarlandes

Kooperationspartner

Raphael Eckert, Raimund Schwamberger: Stadt Friedrichsthal
Lutz Haertel, Dr. Karsten Schreiber: isoplan-Marktforschung
Katja Rapräger: Regionalverband Saarbrücken

Mitgearbeitet haben:

Rüdiger Berens, Benjamin Brecht: GWA Friedrichsthal

Auflage: 250 Exemplare

Der **Sozialbericht ist im Internet** zu finden unter
<http://www.caritas-gwa-friedrichsthal.de/index.php?id=39>



Caritasverband
für Saarbrücken
u. Umgebung e.V.

